

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstage und Montage nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. Im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen Deutsche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Circulband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Zugleich Beleg-Ausschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 10,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Weite Straße 3-5.

Die schlagwortreiche Komparsenliste über deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Zustellungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Zustellungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Gestern-Beleg in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4510 4503, 4635, 4619, 4821.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Der Machtkampf um Groß-Berlin

Wer bisher der Meinung war, daß es sich in der Gemeinde nur um eine reine Verwaltungskörperschaft handele oder daß das Proletariat an der Gestaltung der Dinge in der Gemeinde nur geringes Interesse habe, dem dürfte der Kampf um Groß-Berlin eines Besseren belehren. Schon bei dem Zustandekommen des Gesetzes wurde um politischen Einfluß gerungen und gekämpft. Trotz aller Fingergelbungen und ohne sich einer Täuschung über das Wesen des Parlaments hinzugeben, gelangte das Berliner Proletariat zu einer sozialistischen Mehrheit in dem Gemeindeparlament.

Seine Vertreter gingen daran, ihren Einfluß restlos auszunutzen und anstelle eines verkümmerten, bürgerlich-reaktionären Magistrats einen anderen zu setzen, der zwar nicht aus lauter studierten Leuten besteht, dessen Mitglieder aber die Erfahrungen des Lebens und proletarisches Empfinden mitbringen. Darob großes Entsetzen und Wutgeheul bei den bürgerlichen Herrschäften. Die Demokratie sei verkehrt, so tönte es im Chor. Diese Demokratie, mit der man glaubte, die Massen einschläfern zu können, dieses Fundament des neuen Deutschlands, diese bürgerliche Demokratie sollte das Mittel sein, das neue Deutschland aufzubauen und nun erdrehten sich Sozialisten, das Gemeindeparlament nicht nach dieser Demokratie zu errichten, sondern eine „rote Diktatur“ aufzurichten.

Demokratie ist ganz gut, aber nur solange, als die Macht der alten Machthaber nicht bedroht ist. Und die glaubten die bürgerlichen Herrschäften gefährdet. Sie entsannen sich, daß das Bürgerparlament noch da war. Das muß helfen, muß dafür sorgen, daß das Wahlergebnis vom 20. Juni sich im Magistrat nicht voll auswirkt. Eine Korrektur, des Gesetzes soll vorgenommen werden, damit der „Nichtbrauch“ verhütet werde und der Wille des Gesetzgebers zum Ausdruck kommt. Aber es geht nur gegen die Sozialisten und niemand anderem. Eine anscheinend kleine „Reform“ über die Zusammensetzung des Magistrats, in Wirklichkeit aber ein Ausnahmegesetz gegen das sozialistisch gerichtete Proletariat Groß-Berlins. Alle bürgerlichen Parteien halten zusammen, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen. Soll das Proletariat dieses Spiel geduldig zusehen?

Was soll, was kann es tun?

Die Antworten auf diese Fragen lauten verschieden.

Die Arbeiter und Angestellten der städtischen Verwaltung brennen darauf, dieses Attentat abzuwehren, um in der Verwaltung mitarbeiten zu können. Sie sind zu allem bereit, sie wollen nicht mit sich spielen lassen.

Es handelt sich aber nicht nur um die Interessen der städtischen Arbeiter und um die Mitarbeit in der Gemeinde. Das gesamte Proletariat Groß-Berlins ist an dieser Frage interessiert. Es handelt sich um Fragen politischer Macht, um ein Attentat gegen die sozialistische Arbeiterschaft, so daß alle Arbeiter und Angestellten sich gegen diesen Entrechtungsversuch wehren müssen. Die rechtssozialistische Partei aber will diesen Kampf nicht aufnehmen. Wenn jetzt die Arbeiter der rechtssozialistischen Partei ihren Führern die Gefolgschaft nicht versagen, dann verdienen sie diese Führung. Und die kommunistische Partei verlangt nach der anderen Seite. Sie findet das Mittel lediglich in der Auffassung der Parole der politischen Arbeiterräte.

Wir meinen, heute sollte es sich nicht um eigenwillige Partei-

parolen handeln. Heute sollte es gelten, die gesamten proletarischen Kräfte einheitlich zum Handeln zusammenzuführen.

Zimmer fester soll die reaktionäre Diktatur in Preußen aufgerichtet werden. Was heute begonnen wird, wird morgen fortgesetzt, um so frecher und unverhüllter, je ungestörter sich die Herrschäften fühlen. Und deshalb ist das gesamte Proletariat an den jetzigen Vorgängen in Preußen interessiert. Das Proletariat gehört in eine einheitliche, geschlossene Kampfesfront, wenn es nicht übertannt werden will. Der parlamentarischen Aktion muß die außerparlamentarische zu Hilfe kommen. Die Arbeiterklasse muß sich rühren, aber gemeinsam, gegen den gemeinsamen Feind. Im Parlament haben die Rechtssozialisten das Mittel der Obstruktion verschmäht; sie haben die Unabhängigen im Stich gelassen. Und außerparlamentarisch sagen sie in einem Auktus, daß es gelte, auf dem Boden der Demokratie zu verharren, dieser Scheindemokratie, welche die bürgerlichen Parteien zum alten Eisen werfen in dem Augenblick, wo sie sich in ihrer Macht bedroht glauben. Der Vorstand des Bezirksverbandes Groß-Berlin der S. P. D. rät seinen Parteilängern, auf die — nächsten Landtagswahlen zu warten. Es wären ja nur wenige Monate bis zu den Neuwahlen. Das ist die Antwort, die die Rechtssozialisten ihren Anhängern auf die bedeutungsvolle Frage nach dem Was nun? erteilen. Das heißt nichts mehr und nichts weniger als das sie gewillt sind, das gegen die sozialistische Arbeiterschaft Groß-Berlins gerichtete Ausnahmegesetz geduldig hinzunehmen.

Das kann und das darf nicht sein. Je ungestörter dieses Parlament seine Gesetze fabrizieren kann, desto reaktionärer fallen sie aus. Das zeigt sich auf allen Gebieten. Junkertum und Adeltum sind obenauf, die Kapitalinteressen beherrschen auch unter dem Deckmantel der Demokratie das neue Preußen, das an Arbeiterfeindschaft dem alten Preußen nicht viel nachsteht. Die Rechtssozialisten leisten durch ihre Teilnahme an der Regierung, durch Willigkeit ihres Ministers Seoding, durch die Nichtbestätigung der Stadträte dieser Herrscherklasse Schergendienste.

Die Groß-Berliner Arbeiterschaft aber weiß in ihrer übergroßen Mehrheit, daß es sich um einen Kampf von Klasse zu Klasse handelt, der mit aller Energie geführt werden muß, und sie ist gewillt, diesen Kampf mit allen Mitteln anzunehmen. In ihrer Zahl und in ihrer ökonomischen Stellung liegt der Einfluß, den sie jetzt benutzen wird, um den Anschlag des Bürgerturns gegen ihre Rechte abzuwehren. Die Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, sind mannigfacher Art. Sie restlos zur Anwendung zu bringen, den Einfluß der Groß-Berliner Arbeiterschaft auf die Geschichte der neuen Stadtgemeinde in vollem Umfange auszuüben zu erhalten, das ist die Aufgabe, die die Arbeiterschaft Groß-Berlins jetzt lösen muß und wird.

deren Vorschlag, den die Regierung gemacht hat, gern angenommen sehen möchte. Er wünscht die Wiederausnahme der Verhandlungen mit den Bergwerksbesitzern, um eine Basis zu finden, auf Grund deren sofortige Zugeständnisse und eine Lohnerhöhung sichergestellt werden können, und zwar im Austausch und nicht als Bedingung bei einer erhöhten Erzeugung. Daneben besteht eine dritte Partei, die die Auslösung des Streiks Freitag nacht fordert. Es scheint, daß diese dritte Partei tatsächlich in der Mehrheit war, daß aber die Minderheit so razz ist und so ernsthaft vorgeht, um doch noch die Oberhand zu gewinnen. Die Minderheit wird aus den wichtigsten Distrikten wie Nottingham, Yorkshire, Derbyshire und Durham unterstützt. Man war gestern Abend in den Arbeiterkreisen noch überzeugt, daß, wenn die Vertreter heute nochmals zusammenkommen, der gefährlichste Punkt bereits entschieden sein würde. Die Intervention von Lord George persönlich wird mit großer Genugtuung nicht nur von den Bergarbeitern, sondern vom ganzen Lande beprochen.

Neuer bekämpft, daß die Bergarbeiter beschlossen haben, die Streikauflandigungen noch eine Woche hinauszuschieben, um eine weitere Abstimmung unter den Bergarbeitern über die Vorschläge der Bergwerksbesitzer stattfinden zu lassen.

## In letzter Stunde

Von Georg Ledebour.

Bei den zahlreichen Rundgebungen, die innerhalb unserer Partei für den Anschluß an die kommunistische Internationale unter den Moskauer Bedingungen erfolgt ist, hat bei der großen Mehrzahl der Parteigenossen die starke Sympathie für Sowjetrußland den Ausschlag gegeben. Auf das berechtigende und warme Solidaritätsgefühl mit unseren kämpfenden russischen Genossen haben die Befürworter des Moskauer Diktats spekuliert, indem sie immer und immer wieder den Genossen zuriefen: „Ihr müßt Sowjetrußland helfen in seiner Not, und ihr könnt ihm nur helfen, wenn ihr der dritten Internationale beitrete! Wollt ihr ihm helfen oder nicht?“

Dieser irreführenden Fragestellung gegenüber hatten wir es schwer, die Vernunftgründe zur Geltung zu bringen, daß der Anschluß unter diesen Bedingungen gar keine machtvorstärkende Hilfe für Rußland bedeutet, sondern durch die erwirkte Zertrümmerung der revolutionären sozialistischen Parteien in allen Ländern den Kampf gegen den Kapitalismus und seine staatlichen Werkzeuge nur erschwert. Aber die Erfahrungen, die ich gesammelt habe, brachten mich doch zu der Ansicht: nach längerer und gründlicherer Aussprache, als sie bisher möglich war, könnten wir die große Mehrzahl der Parteigenossen überzeugen, daß ein anderer und besserer Weg eingeschlagen werden muß, um das revolutionäre Weltproletariat für die Endkämpfe zusammenzuballen und damit auch unseren russischen Freunden wirklich durchgreifende Unterstützung zuzuführen. Aber die Entscheidung drängt, mag es unangenehm sein oder nicht, und deshalb will ich in letzter Stunde noch einen Versuch machen, gefährliche Irrtümer aus dem Wege zu räumen.

Eins vorweg: Ueber die Trefflichkeit oder Mangelhaftigkeit der Leistungen der Bolschewiki ist gestritten worden und damit hat man Argumente geprägt für oder wider die Annahme der Moskauer Bedingungen. Das hat aber gar nichts zu tun mit der Entscheidung, die unsere Partei jetzt zu treffen hat. Ich möchte das durch folgende Gegenüberstellung erläutern:

Auch wenn die Leistungen der Bolschewiki in der Machtausübung noch weit mangelhafter wären, als ihre schärfsten Kritiker behaupten, so mühten wir doch alles aufzubieten, was in unserer Macht steht, um ihnen zu helfen, oder doch wenigstens, um sie gegen Anfeindungen zu schützen.

Und umgekehrt: Auch wenn die Leistungen der Bolschewiki noch weit vollkommener wären, als sie selbst und ihre größten Bewunderer behaupten, so dürften wir den Eintritt in die dritte Internationale doch nicht durch die blinde Unterwerfung unter das Moskauer Diktat erkaufen, das uns einen moralischen Selbstmord zumutet.

In meinen Darlegungen vom 28. September habe ich auf die Gefahr hingewiesen, die unserer und der gesamten proletarischen Revolutionsbewegung aus der Übertragung diktorischer Vollmachten an eine internationale Zentralinstanz drohen. Meine Beweisführung wird erheblich verstärkt durch Dinge, die wir jetzt erleben. Jetzt schon arbeitet die Moskauer Zentrale durch ihre Werkzeuge in Deutschland mit Hochdruck darauf hin, die deutschen Arbeiter zu Maßregeln aufzuheben, die uns unfehlbar einen Krieg gegen Frankreich und die Entente auf den Hals schaffen müssen. So trat in einer Volksversammlung in Dortmund ein Kommunist Leutner mit flammenden Worten dafür ein, daß die Arbeiterschaft nicht nur die neutralitätsverletzende Waffen- und Truppenüberführung nach Polen hindern solle, wie wir das verlangen, sondern auch die Rüge zurückhalten müsse, zu deren Durchführung die Entente formell ihrer östlichen Besatzungstruppen wegen berechtigt ist. In Elberfeld teilte ferner der Genosse Sauerbrey mit, daß bei den Beratungen über die Durchführhinderung im Westen es zu einer Einigung zwischen den Parteien nicht kommen konnte, weil die Kommunisten auf jener weitergehenden Forderung beharrten, so daß dadurch schließlich jede Aktion gefährdet ist. Würden wir diesem kriegsheterischen Treiben der Kommunisten nachgeben, das leider durch ihre Bundesgenossen in unseren eigenen Reihen unterstützt wird, so hätten die Franzosen endlich den erwünschten Vorwand zur Befreiung des Ruhrgebiets. Eine wirkliche Abwehr wäre auch einem Deutschland nicht möglich, in dem die Kommunisten am Ruder wären. Ehe aber die französischen und englischen Arbeiter, bei denen die Revolutionsneigung bisher noch außerordentlich schwach entwickelt ist, auf die Beine kämen, wäre Deutschland überannt und in neues Kriegeseld gestürzt. Durch die Moskauer Brille betrachtet, mag man eine solche Aufsperrung Deutschlands, und zwar in erster Reihe die der deutschen Arbeiter, leichten Herzens in Rechnung stellen. Für uns wäre eine solche Politik verbrecherischer Wahnsinn. Daß wir dagegen uns jetzt schon zu wehren haben, zeigt, wie dringend notwendig die Abwehr des Versuches ist, einem in Moskau ansässigen internationalen Zentralkomitee die Entscheidung über solche Fragen in die Hand zu geben. Das deutsche Proletariat darf nicht als Kanonensputzer für Lenin, Trotzky und Kadeks Pläne

## Die englische Kohlenkrise

### Der Bericht der Bergarbeiterföderation

19. London, 1. Oktober.

Die Ereignisse in der Kohlenkrise haben gekern eine neue Wendung genommen, auf Grund deren man hofft, daß im letzten Augenblick ein Abkommen getroffen werden würde. Nun hat die Konferenz der Bergarbeiterföderation folgenden Bericht ausgegeben:

Wir haben eine gemeinsame Zusammenkunft mit den Erbenbesitzern gehabt, wobei Vertreter der Regierung anwesend sein sollten. Diese Zusammenkunft war im Handeelsamt. Sir Robert Horne, andere Minister und Lord George sollten heute, Freitag, bei der neuen Zusammenkunft erscheinen. Es ergab sich gestern neuerlich, daß, trotzdem die Verhandlungen eigentlich gehehert waren, doch innerhalb der Bergarbeiterföderation ein starker Meinungsunterschied bestand. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß der Vorsitzende Smillie und der Sekretär der Föderation Hodge, die Vertreter zweier verschiedener Richtungen sind, trotzdem sich beide gegen den Streik erklärten. Smillie wird den Regierungsvorschlag annehmen, laut welchem die Grundforderungen einem unparteiischen Gerichtshof vorgelegt werden sollen, während Hodge den an-

verbraucht werden, sondern soll die Bestimmung über sein Geschick selbst in der Hand behalten.

Leider ist es auch jetzt noch nicht gelungen, allen Genossen Klarheit über die Bedeutung der 21 Aufnahmebedingungen zu schaffen. Ich übergehe alle die verlangten absurden Eingriffe in die Gestaltung unseres inneren Parteilebens, die zum Beispiel die Reichstagsfraktion zu einem willenlosen Werkzeuge des Zentralkomitees degradieren wollen. Aber die Forderung des Ausschusses aller dissentierenden Genossen muß in ihrer vollen Tragweite gewürdigt werden, da leider von Seiten der verkappten Kommunisten in unseren eigenen Reihen die Stütze werden Genossen immer wieder mit der Behauptung beschwichtigt werden, die Bestimmungen seien ja nicht so ernst gemeint. Wenn diesem unaufrichtigen Gerede hat nun die für die Auslegung der Aufnahmebedingungen wohl kompetenteste Persönlichkeit, der Genosse Lenin, in seinem Brief vom 24. September ein Ende gemacht, dessen Schlussatz lautet:

Es ist die höchste Zeit, die unerhörten schändlichen Illusionen zu zerbrechen über die Möglichkeit der „Einheit“ oder des „Friedens“ mit den Dittmanns und Crispianis, mit dem rechten Flügel der deutschen „Unabhängigen Sozialdemokratie“, der englischen „Unabhängigen Arbeiterpartei“, der französischen „Sozialistischen Partei“ usw. Es ist höchste Zeit, daß die revolutionären Arbeiter die Reihen ihrer Partei von diesen Elementen reinigen und wirklich einheitliche Parteien des Proletariats bilden.

Für jeden objektiv arbeitenden Leser läßt sich ja auch der Wortlaut, insbesondere der Paragraph 21, keine Zweifel darüber, was unserer Partei zugemutet wird:

„Diesen Parteiangehörigen, die die von der kommunistischen Internationale aufgestellten Bedingungen und Leitsätze grundsätzlich ablehnen, sind aus der Partei auszuschließen.“

„Dasselbe gilt namentlich von Delegierten zu außerordentlichen Parteitag.“

Die Befürworter auch dieser unerhörten Zumutung haben nun den Rat gegeben: Ihr braucht ja, auch wenn Ihr gegen die Bedingungen und Leitsätze stimmt, nur zu erklären, daß Ihr das nicht grundsätzlich tut; dann werdet Ihr eben nicht ausgeschlossen.

Um diese faule Ausrede aus dem Wege zu räumen, will ich hiermit ausdrücklich erklären: Ich würde als Delegierter auf dem Parteitag grundsätzlich gegen die Bedingungen und Leitsätze stimmen, da ich sie für parteischädigend im höchsten Maße halte. Ich hoffe auch, daß alle anderen Delegierten, die für Ablehnung stimmen, in gleicher Weise die angeratene jämmerliche Ausflucht zurückweisen.

An die Genossen, die jetzt aber sich für den Anschluß mit den auferlegten Bedingungen ausgesprochen haben, möchte ich die Frage richten: „Würdet Ihr denn aus freien Stücken unser aller Ausschluß verlangen haben?“

Ich glaube, es ist nur ein kleiner Teil, der so etwas von sich aus verlangt haben würde. Ja, dann muß ich aber an die große Masse der Anschlußfreunde die weitere Frage richten: „Habt Ihr denn gar kein Verständnis dafür, welcher Mangel an Selbstachtung darin zutage tritt, wenn Ihr auf Geheiß irgend einer andern Organisation einen Ausschluß von Delegierten der Partei vollzieht, die Ihr aus freien Stücken nicht ausschließen würdet?“

Doch der ungeheuerliche § 21 ist ja offenbar auch als Drohmittel ausgelegt. Und das bringt uns zu einem andern Punkt. Die Befürworter der Moskauer Diktatur lassen sich auch die Empfehlung terroristischer Methoden angelegen sein. Ich habe mich gegen den Terrorismus als grundlegendes Kampfmittel bei anderen Gelegenheiten eingehend ausgesprochen. Ich will das hier nicht wiederholen. Nach meiner Auffassung ist der Terrorismus eine dem Wesen nach reaktionäre Ausartung der an sich unter Umständen berechtigten Gewaltanwendung.

Wir revolutionären Sozialisten schlagen unserer ganzen Vergangenheit ins Gesicht, wenn wir die sklavische Nachahmung von Herrschaftsmethoden empfehlen, die wir als schimpflich und barbarisch mit leidenschaftlicher Entrüstung bekämpft haben, so oft sie gegen uns angewendet wurden.

Die in Moskau erleuchteten Terroristen-Apostel sind nun aber schließlich auch in konsequenter Verfolgung ihrer reaktionären Gedankengänge nicht davor zurückgeschreckt, den Terrorismus gegen die eigenen Parteigenossen zu predigen. Auch das sei unvermeidlich zur Befestigung der Herrschaft des Proletariats. Sie urteilen: „In Rußland wird so verfahren, also müssen wir auch dieses Mittel bei uns anwenden.“ Diese vorläufig noch theoretischen Lehren der Apostel haben nun aber in den Köpfen der Gläubigen überraschend schnell die Neigung zu ihrer praktischen Anwendung erzeugt. Noch auf dem Parteikongreß konnte ich einen Brief verlesen, in dem der mit Namen unterzeichnete, als Parteigenosse auftretende Briefschreiber, mir anfündigte:

Hüten Sie sich, die revolutionäre Arbeiter- und Kätebewegung weiter mit Ihrem leider noch zu großen Einfluß und Wissen, wenn auch im guten Glauben, zu hemmen und zu bremsen. Wir müssen zur rücksichtslosen Diktatur und Aktion kommen. Die Wirkkraft ist reif dafür. Die Führer haben ein gewisses Recht auf Personalschutz, aber wenn Sie und Ihre Richtung so weiter handeln, dann könnte eines Tages, der gar nicht mehr so weit sein braucht, in den Zeitungen stehen: „Lebedev, Hiferding, Kausky usw. sind von oder im Auftrage des Exekutivkomitees der revolutionären Arbeiter wegen „politischer Ermordung erschossen worden!“

Gerade weil Sie und die Verlonen Ihres Vorgehens leider noch einen so großen Einfluß haben, müssen Sie Ihre Worte besonders wägen. Dieses zur Warnung, sonst werden und müssen wir handeln.“

Als ich diese Sätze verlas, bemühte sich sofort ein Genosse den Eindruck zu verwischen durch fortwährende Zwischenrufe, das könne unmöglich ein Genosse geschrieben haben. Ich habe durch die Organisation nachforschen lassen. Der Briefschreiber ist seit 1915 in der U. S. B. D. organisiert. Er ist auch aus freien Stücken auf der Redaktion der „Freiheit“ erschienen, wo er seinen Brief verteidigte und ausdrücklich versicherte, er sehe die Dinge nicht allein. Er habe sich mit andern Genossen verständigt. Gegenüber den Bemühungen, ihm über das Verbrecherische seines Treibens aufzuklären, hat er, wie mir mitgeteilt wird, schließlich seine Morandrohung abzuschwächen gesucht.

Doch so oder so. Der Vorfall ist ein Beweis dafür, wie der „Terrorismus gegen die eigenen Parteigenossen“ sich in den Köpfen kriegsverrückter Menschen auswirkt. Was mich betrifft, so hatte ich bisher nur derartige Drohungen zahlreich von Militaristen und Nationalisten erhalten. Daß auch so man eine solche Terroristen in unserer eigenen Partei mich in solcher Weise ehren, ist mir neu. Der Briefschreiber und seine Komplizen werden sich aber wohl mittlerweile überzeugt haben, daß ich mich durch terroristische Drohungen nicht abhalten lasse von meiner Pflicht, zu bremsen, wenn ich sehe, daß meine Parteigenossen einem Abgrund zutaukeln.

## Beschluß der Preßkommission

Die Preßkommission hat in ihrer Sitzung am Donnerstag mit 12 gegen 8 Stimmen bei einer Stimmenthaltung und bei dem Fehlen von drei Mitgliedern beschlossen, daß die Neubefugung der Redaktion sofort zu erfolgen habe. Ein Antrag, die Entscheidung über die Haltung der Redaktion den Distrikten zu überweisen, und der Redaktion in den Versammlungen Gelegenheit zu geben, sich gegen die Anschuldigungen zu verteidigen, wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Da der Beschluß der Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ bestimmt, daß der Vorstand der Genossenschaft das Recht des Einspruchs gegen die Entscheidung der Preßkommission hat und daß über diesen Einspruch in gemeinsamer Sitzung zwischen Vorstand und Preßkommission mit einfacher Mehrheit entschieden wird, so ist der Beschluß der Preßkommission ebensowenig endgültig wie ihre früheren Beschlüsse.

Unsere grundsätzliche Stellung zu dem Mißtrauensvotum der Preßkommission haben wir bereits bei der Besprechung des früheren Beschlusses dieser Körperschaft dargelegt. In dieser Haltung der Redaktion wird umso weniger zu ändern sein, als dieser unerwartete Beschluß der Preßkommission eine völlige Verrücktheit ist. In der eigenen Beschlüsse von vorerwähntem Sonntagabend ist. Damals stand die Preßkommission noch auf dem Standpunkt, daß die Entscheidung über die Abberufung der Redaktion den einzelnen Distrikten der Parteiorganisation zu überlassen sei, und daß die Preßkommission erst dann wieder zusammentreten müsse, wenn diese Entscheidungen vorliegen. Da man anscheinend eingesehen hat, daß man auf diesem, zwar auch nicht völlig einwandfreien Wege, nicht zu dem erstrebten Ziel kommt, die Mitglieder, ohne sie zu befragen, vor eine vollendete Tatsache zu stellen, so hat man sich in der letzten Sitzung über diesen Beschluß glatt hinweggesetzt. Denn bisher liegen trotz angelegentlichster Arbeit der auf die Spaltung der U.S.B. hinarbeitenden Gruppen unserer Partei erst ganz vereinzelt Beschlüsse der Distrikte gegen die Haltung der Redaktion vor.

Der Verlauf der Sitzung der Preßkommission zeigte aber auch deutlich den Willen ihrer Mehrheit, der Entscheidung der Mitglieder vorzugreifen, und alles zu tun, um eine unparteiische Urteilsbildung der Mitglieder zu verhindern. Einer der Gegner der Redaktion sah sich in der Sitzung der Preßkommission auf Grund der in den Versammlungen seines Distrikts zum Ausdruck gekommenen Stimmung der Mitglieder zu dem Verlangen gezwungen, daß zu den Diskussionen in den Distrikten über die Haltung der Redaktion Vertreter der Redaktion zur Vertretung hinzugezogen werden müßten. Diese Anregung war der Mehrheit der Preßkommission so unangenehm, daß einer von ihnen beantragte, eine Resolution dieses Inhalts einfach ohne Abstimmung unter der Tisch fallen zu lassen.

Man will also, wie derselbe Redner ohne Einschränkung erklärte, der Redaktion nicht die Möglichkeit geben, ihre Haltung vor den Mitgliedern zu rechtfertigen, „da die Mitglieder sonst beeinflusst werden könnten“. Nach dieser Methode wird auch bereits jetzt überall verfahren, weshalb es kein Wunder ist, daß solche Beschlüsse gefaßt werden können. Nirgends, wo bisher ein Mißtrauensvotum gegen die Redaktion angenommen worden ist, ist der Redaktion Gelegenheit gegeben worden, ihre Auffassung darzulegen. In vielen Versammlungen gab es nicht einmal eine Diskussion über diese Anträge, trotzdem die Anträge mit Behauptungen gerechtfertigt werden, die mit der Wahrheit oft auf gespanntem Fuße stehen.

Wie wenig die Preßkommission das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder zu wahren geduldet, erbittet auch die Tatsache, daß die Anregung eines Mitgliedes der Preßkommission, man solle doch auch über die Zusammenlegung der neuen Redaktion sprechen, von der Mehrheit mit Stillschweigen beantwortet wurde. Die Karten sollen jetzt noch nicht aufgedeckt werden.

Wir können demgegenüber nur noch einmal darauf verweisen, daß die Redaktion nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß ihr Verbleiben von dem Vertrauen der Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie abhängig ist, und nicht von persönlichen Gründen. Ob das Vertrauen aber nicht mehr vorhanden ist, kann nur eine ordnungsgemäße beiderseitige Willensäußerung der Gesamtheit der Mitglieder zeigen und nicht ein Beschluß einer von Geschäftigkeit und Raschlichkeit geleiteten Körperschaft.

Der 17. Distrikt sendet uns eine Erklärung, daß bei der Annahme des Mißtrauensantrages gegen die Redaktion niemand daran gedacht habe, der Redaktion nur wegen ihrer Haltung zur Frage der politischen Arbeiterrechte das Mißtrauen auszusprechen.

In der am 27. September stattgefundenen Distriktskonferenz Niederbarnim-Ost, auf der sämtliche Ortschaften durch Delegierte vertreten waren, wurde nach eingehender Diskussion nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Distriktskonferenz Niederbarnim-Ost schließt sich dem Mißtrauensvotum der Preßkommission gegen die „Freiheit“-Redaktion vollständig an und fordert den sofortigen Austritt der Redakteure, der nach der Stellungnahme der Preßkommission eine Selbstverständlichkeit wäre, wenn unsere Parteiführer wirklich, wie sie es vorgeben, auf dem Boden der Autonomie ständen. Die Distriktskonferenz fordert das umgehende Stattfinden einer Verbandsgeneralversammlung, welche sich mit dem Beschluß der Preßkommission befassen soll, um endlich der Stimmung weitestest Kreise der Groß-Berliner Parteigenossen Rechnung zu tragen.“

## Italien und die dritte Internationale

Mailand, den 1. Oktober.

Nach einer Stefanmeldung hat der sozialistische Parteivorstand die Frage einer Spaltung der Partei gestern weiter erörtert. Nachdem mehrere Redner für und gegen sie gesprochen hatten, betonte Bacci, die Moskauer Bedingungen müßten je nach den Verhältnissen der Parteien der einzelnen Länder beurteilt werden; so könne man die Reformisten in Italien nicht mit denen in Frankreich in einen Topf werfen. Die Änderung des Namens in Kommunisten, anstatt Sozialisten, könnte im Falle der Spaltung der Partei böse Folgen haben.

Gratiadiel meinte, eine etwaige Diktatur des Proletariats in Italien ebenso in Frankreich oder England, würde eine vollkommene Form haben, als man sie in Rußland sehe, jedenfalls müsse die Revolution in den mitteleuropäischen Ländern gleichen Schritt halten.

Hinsichtlich der Festnahme der Sorlentis, die den russischen Dampfer „Koboko“ besetzt hatten, erklärte die Parteileitung, mit dem Seemannsbund zusammenzutreten.

## Russisch-englischer Handelsvertrag

St. London, 8. Oktober.

Der „Daily Herald“ meldet: Die englischen und die Sowjetvertreter haben sich über die folgenden sieben Punkte geeinigt:

1. Waren aller Art mit Ausnahme von Kriegsmunition können bis und aus Rußland frei ein und ausgeführt werden.
2. Die Schifffahrt zwischen beiden Ländern soll unter die allgemeinen internationalen Gesetze fallen, aber beide Staaten können für das Landen von Raubtieren Bedingungen stellen.

3. Jeder Staat kann in das Gebiet des anderen Handelsagenten entsenden, die alle Vorkasse, die sonst Konsuln zugesprochen werden, genießen sollen.

4. Die britische Regierung sieht von allen Beschlagnahmen oder Verfallsverlängerungen von Waren ab, die Sowjetrußland oder deren Bürgern gehören.

5. Die Sowjetregierung verzichtet auf alle Verfallsverlängerungen und Beschlagnahmen von Gütern, die Privatpersonen der britischen Nationalität gehören.

6. Die Frage der Schuld in der zivilistischen Regierung wird einer Friedenskonferenz zugewiesen.

7. Beide Parteien können das Abkommen mit monatlicher Frist kündigen.

Die russische Delegation hat auf Grund dieser Abmachungen große Einkäufe in gemebten Stoffen und Maschinen getätigt. Die erste Bezahlung der Güter soll in Gold geschehen, das bereits in einer Bank in Rußland hinterlegt ist. Dieses Gold soll in England zum Markkurs, der jetzt etwa 20 d. S. unter dem Nominalwert ist, angenommen werden und zwar nach Abzug der Transport- und Versicherungskosten.

## Die Anschlußfrage in Oesterreich

Wien, 1. Oktober.

Bei der dritten Lesung des Bundesverfassungsgesetzes nahm die Nationalversammlung einstimmig die von den Großdeutschen eingebrachte Entschließung an, in der die Regierung aufgefordert wird, spätestens innerhalb sechs Monaten eine Volksabstimmung über den Anschluß an das Deutsche Reich anzuordnen. (Vehäler Beifall.) Der in der Entschließung enthaltene Befehl, daß diese Volksabstimmung womöglich gelegentlich der Wahlen zur Nationalversammlung am 17. Oktober erfolgen solle, wurde abgelehnt.

## Preussische Landesversammlung

Breilag, den 1. Oktober 1920.

Auf Anfrage von denationaler Seite über den Erlaß des Kultusministers gegen die Beteiligung wahlunmündiger Schüler an parteipolitischen Vereinigungen wird von der Regierung geantwortet, daß parteipolitische Beschreibungen aus der Schule fern bleiben sollten und Jugendlichen sich der Schulformung zu fügen hätten.

Der Antrag Deize (D.N.) über freie Fahrt bei gemeinsamen Schülereinfällen oder Besichtigung in Sägen des Militärstützpunktes wird dem Haushaltsausschuß überwiesen, nachdem die Abg. Neumann, Moosburg (Soz.), Frau Urendsee (U.S.), Judo (Dem.), Hoffmann (D.N.), Dr. Westl (U.S.) und Gronowski (Z.) im Sinne des Antrages gesprochen hatten.

Nach kurzer Begründung durch den Abg. Dallmer (D.N.) wird ein gemeinsamer Antrag aller Parteien über Benutzung der Raailichen Bäder durch die minderbemittelte Bevölkerung einstimmig angenommen.

Ein Zentrumsantrag fordert umfangreiche staatliche Sanarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Abg. Altegoer (Z.) begründet den Antrag, für den sich auch die Abg. Mengel (D.N.), Ommert (Dem.) und Abg. Panges Oberhausen (D.N.) aussprechen.

Abg. Haase (Soz.): Für die produktive Bekämpfung der Erwerbslosigkeit durch Staat und Gemeinde sind wir immer eingetreten. Dabei ist auch das Handwerk in verächtlicher Weise. Auch die sozialen Handbetriebe dürfen nicht leer ausgehen.

Abg. Paul Hoffmann (U.S.): Auch wir unterstützen alle Verbesserungen produktiver Erwerbslosenfürsorge.

Der Antrag wird dem Hauptausschuß überwiesen.

Es folgt die gemeinsame Beratung der Anträge H. Hoffmann (U.S.) über die Mauls und Klauenseuche und über Bekämpfung der Pferdepeste.

Abg. Konrad (D.N.) fordert Bereitstellung von Mitteln zur Bekämpfung der infektiösen Anämie der Pferde.

Abg. Dr. Westl (U.S.): Der Staat muß besonders den Kleintierhaltern helfen, die durch die Seuche geschädigt werden.

Abg. Dewering (Soz.): Wir stimmen den Anträgen zu.

Ein Regierungsvortrager bemerkt, daß die Regierung bereits mit den Provinzen in Verbindung getreten sei, damit die Entschädigung auch auf den Verlust von Ziegen ausgedehnt wird. — Beide Anträge gehen an den Landwirtschaftsausschuß.

Es folgt der Antrag Lukawowicz (D.N.) über Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung der Oberösterreichischen Flüchtlinge.

Abg. Lukawowicz (D.N.) begründet diesen Antrag.

Ein Regierungsvortrager erklärt es als selbstverständlich, daß die Regierung an, für die gefährlichsten Oberösterreichern sorgen. Der Staat bedient sich der Organisation des Roten Kreuzes zur Ausführung dieser Pflicht. Wir haben Flüchtlingskommissionen in Risse, Brien und Orlitz und einen Hauptkommissionen in Wien. In den Kolten leistet das Reich vorläufig 40%, der Rest schließt, Preußen gleichfalls 40% (Beifall).

Der Antrag wird nach kurzer Debatte dem Hauptausschuß überwiesen.

Annahme tritt Vertagung ein. Bei der Feststellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung, die auf Mittwoch, den 6. Oktober, 1 Uhr, anberaumt wird, kommt es zu einer Beschäftigungsbekanntmachung. Auf Beschwerden des Abg. Pädicke (D.N.) daß das Wahlgesetz noch nicht eingegangen sei, weshalb er auf seine Freunde selber einen Geheimgewalt ausgedehnt hätte, teil Präsident Seiner mit, daß die Wahlvorlage in eine Kabinettsitzung einer Änderung unterzogen sei und an das Ministerium des Innern zurückgehen mußte.

Basistiken-Kongreß in Braunschweig. Der 9. Deutsche Basistikenkongreß wurde am Freitag vormittag durch den Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft Professor Quibbe aus München eröffnet. Professor Dr. Hans Wehberg aus Berlin sprach über Völkerverbund und Reichsgemeinschaft. Den zweiten Vortrag hielt Professor Dr. D. Kraus aus Königsberg, der einleitend betonte, daß er nicht als Basist, sondern als Gelehrter spreche. Mit seine Ausführungen ließ er zum Teil auf stärklichen Widerspruch. Professor Valentini sprach über das Schicksal von Europa im Weltkrieg. Redner empfahl die Annahme einer von Professor Schäding eingebrachten Entschließung, in welcher der Basistikenkongreß sein Bedauern darüber ausdrückte, daß der Völkerverbund die Kreise Europa und Malmeby den Belgier zugesprochen hätte, welcher die Entschlüssegen entspann sich eine längere Aussprache, die teilweise sehr heftig war.

Straherfolgung eines rechtssozialistischen Abgeordneten. Der Geschäftsausschuß der Preussischen Landesversammlung hat gestern abend beschlossen, zu der Straferfolgung des rechtssozialistischen Abgeordneten Schulz (Nied.) seine Genehmigung zu erteilen, da er bringend verdächtig sei, als Ernteharntungskommissar sich zahlreicher Unregelmäßigkeiten schuldig gemacht zu haben.

Verurteilung französischer Sittlichkeitsverbrecher. Wegen eines an einer deutschen Frau begangenen Sittlichkeitsverbrechens hat das französische Kriegsgericht in Mainz zwei Soldaten zu Degradation und Zuchthausstrafen von acht bzw. sechs Jahren, vier weitere an geflagte Soldaten zu drei bis fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Das amerikanische Bürgerium gegen die Sozialisten. In den amerikanischen Wahlkämpfen haben die beiden großen Parteien die Republikaner und die Demokraten, schon wiederholt Wahlbündnisse geschlossen, um in hart radikalten Bezirken die sozialistische Partei zu bekämpfen. In New York haben republikanisch und demokratische Führer erklärt, daß sie auch bei den bevorstehenden Novemberwahlen so verfahren wollen. Trotzdem haben bei den Erntewahlen zum Newyorker Staatsparlament die Sozialisten gesiegt. Die wiederholten Wahlbündnisse zwischen Republikanern und Demokraten bestätigen nur die von den Sozialisten aufgestellte Behauptung, daß es zwischen den beiden also Parteien keine wirklichen Unterschiede gebe.





Auch ein Korb nach Moskau

Von Ferd. Hölzle.

Die Bedingungen der Moskauer Internationale stellen besonders jene Genossen vor die schwerste Entscheidung, die wirklich Komunisten sind, ohne einer sogenannten kommunistischen Partei anzugehören. Da ich zu dem kleinen Häufchen gehöre, das vom ersten Tage des Krieges an die Kriegspolitik bekämpfte, die schwächliche Haltung der Genossen Hugo Haase, Wilhelm Dittmann, Oskar Cohn, Otto Rühle, Karl Liebknecht usw., am 4. August 1914 bedauerte, als Gewerkschaftsangehöriger mit wenigen Freunden gegen Lenin und Konsorten auf weiter Flur allein stand, während des Krieges die illegale Arbeit gegen den Krieg verbot, selbst als Landsturmmann gegenüber den Offizieren mit meiner Ueberzeugung nicht hinter dem Berg gehalten habe und schließlich auch schon knapp ein Menschenalter in der Bewegung tätig bin, so glaube ich in diesem ersten Moment auch ein Wortchen mitreden zu dürfen. Manche Punkte der Bedingungen stimmen genau mit der Auffassung überein, die ich schon während des Krieges, nach dem Zusammenbruch der zweiten Internationale vertreten habe. Vor allem bin ich der Ueberzeugung, daß wir als internationale Sozialisten eine starke Exekutivgewalt brauchen, um in ähnlichen Situationen, wie am 4. August 1914, nicht wieder wie eine Seifenblase ausgeblasen zu werden und daß eine revolutionäre Partei innerlich fest und grundsätzlich geschlossen sein muß. Welche Dinge sind aber auf anderem Wege zu erreichen, als durch diese Bedingungen. Es muß dafür gesorgt werden, daß internationale Kongreßbeschlüsse bindend sind für alle der Internationale angeschlossenen Parteien und nicht bloß die Richtung angeben, in der im Falle eines Krieges gehandelt werden soll. Die Exekutivgewalt ist dann in allen Ländern verankert und nicht bloß auf dem Papier in Moskau niedergeschrieben.

Die „Säuberung“ von unsicheren Kantonsisten muß gerade auf ungetriebener Weise geschehen, als es die Bedingungen vorsehen. Warum erst Leute aufnehmen und sie nachher wieder abstoßen? Will man sich innerlich, grundsätzliche Festigung sorgen, dann ist es besser, man ist bei der Aufnahme und Vergebung von Vertrauensmännern vorsichtig. Der heutige Zustand in den Arbeiterparteien ist keinesfalls demokratisch, er ist mitschuldig an dem Zusammenbruch vom 4. August 1914. Oder soll es wohl demokratisch sein, wenn Mitglieder, die das ganze Jahr hinter dem Ofen sitzen, oder höchstens im Jahr eine Versammlung besuchen, oder vielleicht gar erst einige Wochenbeiträge bezahlt haben, dieselben Rechte haben sollen wie Genossen, die jahrelang Opfer bringen und sich nicht scheuen, ihre Existenz, wenn es sein muß, für die Partei zu opfern? Um gleich zu sagen wie ich mit der „Säuberung“ denke, so möchte das Statut etwa dorsehen: Neuaufgenommene sind das erste Jahr nur passives Mitglied, d. h. sie können die Partei durch Beiträge unterstützen, dürfen aber noch nicht mitstimmen. Im zweiten Jahr wird das Stimmrecht erworben, im dritten wäre die Wählbarkeit als Vertrauensmann einzuräumen, im vierten die Wählbarkeit in die örtliche Parteileitung, zu Landeskonferenzen und Parteitagen. Die Uebertragung eines parlamentarischen Mandats dürfte ruhig von einer fünf- bis zehnjährigen Mitgliedschaft abhängig gemacht werden. Der etwaige Einwand, daß wir Mitglieder mit zweifelhafte Rechte hätten, ist nicht stichhaltig, denn die Pflichterfüllung ist auch nicht gleich. Uebrigens steht es jedermann frei, Mitglied der Partei zu werden oder nicht. Die Befürchtung, daß die Massen durch solche Bestimmungen von der Partei ferngehalten würden, habe ich nicht. Im Gegenteil, die Funktionäre würden dann mit berechtigtem Stolz ihre Arbeiten verrichten und um so mehr für die Partei wirken. Bei einer solchen „Säuberung“ würde allerdings für die künftige bolschewistische Partei nicht viel Funktionäre übrig bleiben. Diese beiden Beispiele aber zeigen jedenfalls, daß bei Einzelmaßnahmen gutem Willen und bei weniger Ueberheblichkeit in Moskau eine wirklich starke Internationale hätte geschaffen werden können.

Gehe ich also zu, daß unsere Partei Mängel zu beseitigen hat, so muß ich andererseits aussprechen, daß die Bedingungen als Ganzes genommen, nur jemand unterschreiben kann, dem jedes Verantwortungsgefühl fehlt. Beim Lesen der Bedingungen fragte ich mich immer wieder, wie ist es möglich, daß Genossen wie Lenin und Trojky mit solchem Gleichmut jahrelang, opfervolle Organisationsarbeit verrichten können? Und je öfter ich darüber nachdenke, je mehr mich ich sagen, das was Trojky und Lenin wollen ist kein Kommunismus, sondern Bandakommunismus, ist nicht revolutionär, sondern reaktionär. Die revolutionäre Tat erblicke ich darin, die Einigkeit der Arbeiterklasse und somit die Macht gegen ihre Gegner zu stärken; in der Forderung sehe ich eine konterrevolutionäre Handlung, auch dann, wenn die Thesen in recht kräftigen Worten gehalten sind.

Nun verhebe ich erst recht meinen persönlichen Freund Jakob Wacker (Mitglied der K. P. D.), der während des Krieges gelegentlich der Parteisplaltung in Bremen Lenin wie folgt charakterisierte: „Lenin ist ein geborener Parteilipalster, er könnte sich selbst spalten“. Alles in allem muß ich gestehen, ich

bin noch selten so enttäuscht worden. Noch kurz vor dem Moskauer Kongreß hielt ich es für selbstverständlich, daß die U. S. P. den Beitritt zur 3. Internationale beschließen, und daß sich eine etwaige Minderheit fügen werde. Heute bin ich der umgekehrten Meinung. Eine so starke Arbeiterpartei wie die U. S. P. hat nicht notwendig, sich einer Partei zu beugen, die zahlenmäßig nur eine Seite ist.

Ist also meine Hoffnung auf eine starke, aktionsfähige Internationale vorerst begraben, so muß meines Erachtens sofort versucht werden, die Kraft der deutschen Arbeiterklasse zu verbinden, anstatt sie noch mehr zu zerstreuen. Denn, daß durch die Zerspaltung für die Arbeiterklasse schon viel Schaden entstanden ist, wird niemand bestreiten wollen. Wir müssen traurig eingestehen, daß seit November 1918 alle Aktionen, die die Revolution hätten weitertreiben sollen und können, gescheitert sind. Die Abwehr des Kapp-Putsch-Bußches zählt hier nicht mit. So darf es nicht mehr weiter gehen! Die deutsche Arbeiterklasse muß Mittel und Wege suchen zu einer Einheitsfront gegen die Kapitalisten, wenn sie nicht um die letzten Errungenschaften der Revolution kommen will. Mir scheint sogar, daß diese Möglichkeit bald einzutreten wird. Selbstverständlich denke ich nicht daran, etwa durch eine Vereinbarung der „Führer“ die Einigkeit zu dokumentieren, oder „Bedingungen“ zu schaffen, die eine andere Partei anerkennen muß. Notwendig ist aber, die Arbeiterklasse bei jeder Gelegenheit darauf aufmerksam zu machen, wie der Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien immer straffer wird und daß demgegenüber eine Einigkeit der Arbeiterklasse ebenso erforderlich ist.

Wer die Stimmung in den Arbeiterkreisen verfolgt, wird finden, daß in den meisten strittigen Fragen schon eine weitgehende Uebereinstimmung in revolutionärem Sinne vorhanden ist. Die Kritik der noch rechtssozialistisch orientierten Arbeiter an ihren „Führern“ ist meistens derber als die von links. Geistig ist somit eine gewisse Einheitlichkeit erzielt. Und auf diese kommt es in erster Linie an. Der formellen Trennung wegen die Arbeiterinteressen noch länger zu schädigen, ist meines Erachtens ein so großes Verbrechen, wie es die Kriegskreditbewilligung am 4. August und ihren verderblichen Folgen war. Die allernächste Zeit dürfte vielleicht einen Reizmanuskripten schaffen, von dem aus gemeinsam gekämpft werden kann. Ich erinnere nur an den reaktionären Entwurf der sogenannten Schlichtungsordnung und nicht zuletzt daran, daß der 1. September den Arbeitnehmern ein Dorn im Auge ist. Den 1. September werden aber die Arbeiter aller Richtungen verteidigen. Ist aber erst die Kampfgemeinschaft zur Verteidigung reiner Arbeiterinteressen hergestellt, dann mühte es mit dem Teufel zu gehen, wenn sich die Arbeiterklasse nicht auch für den politischen Kampf einigen könnte. Mit Nachdruck unterstreiche ich das Wort „Arbeiterklasse“, denn ich bin der Ueberzeugung, daß gewisse „Führer“ von ganz links und von rechts von einer Einigkeit nichts wissen wollen. Diesen Leuten muß gezeigt werden, daß ihre Stunde geschlagen hat. Die Reformisten von rechts mögen hingehen, wohin sie ihrer ganzen Vergangenheit nach gehören, zur bürgerlichen Demokratie, die Parteilipalster von links, die den Kommunismus nur kompromittieren, mögen als Sekte weiter vegetieren, wenn sie einen Gefallen daran finden.

Die Revolutionierung der Angestelltenbewegung

Von Feih Wolff.

In welken Kreisen des vorwärtstrebenden Proletariats gewinnt die Auffassung, daß die Angestelltenbewegung sich zu einem Hemmschuh für die Entwicklung der sozialen Revolution auswähle, immer mehr Boden. In erster Linie sind es die Beschlüsse, die die „Asa“ in der Betriebsratsfrage gefaßt und die einen Keil zwischen Angestellte und Arbeiter getrieben haben, die diesen Eindruck jetzt hervorrufen konnten.

Aber bei näherer Prüfung der Verhältnisse in den verschiedenen Angestelltenverbänden zeigt sich, daß überall Einflüsse am Werke sind, die die Bestrebungen der opportunistischen Bürokraten in den leitenden Verbandstellen rücksichtslos bekämpfen, die Sammlung aller oppositionellen Elemente der Angestelltenklasse erstreben und alle Vorbereitungen treffen, um aus der Absehbildung, in der sie sich zur Zeit noch befinden, zum Angriff auf die Regiere in der Angestelltenbewegung — ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit — überzugehen.

Die am stärksten in Erscheinung tretende Opposition in den Angestelltenverbänden ist die der Berliner Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten. Ihr Kampf geht in vielen Punkten konform mit den Zielen der Oppositionen in den meisten Arbeiterorganisations, aber sie hat deshalb so große Bedeutung, weil durch eine revolutionäre Umstellung des Zentralverbandes der Angestellten die gesamte Angestelltenbewegung eine Vorwärtsentwicklung erfahren würde. Der Zentralverband der Angestellten

mit seinen über 400 000 Mitgliedern stellt allem etwa die Hälfte des gesamten Kontingents an Mitgliedern aller in der „Asa“ zusammengeschlossenen Angestelltenverbände. Ohne ihn ist die „Asa“ bedeutungslos und nicht lebensfähig.

Was ist nun eigentlich die Opposition im Zentralverband der Angestellten? Allen überlieferten „Traditionen“ folgend, haben es die Führer der Gewerkschaften bisher immer noch verstanden und verstanden, alle ihnen unbequemen Gegner durch Verleumdungen und persönliche Angriffe zu diskreditieren, um sie unmöglich zu machen. Und auch im Zentralverband der Angestellten erleben wir das gleiche Schauspiel. Man spricht der Opposition jede sachliche Debatteberechtigung ab, erklärt, nur aus Luft am Querscheren, um persönlichen Ehrgeiz einiger Personen zu befriedigen, habe sich eine „sogenannte Opposition“ gebildet, die nun ein „verbandschädigendes Treiben“ entfaltet und den Hauptvorstand, wie auch die Berliner Ortsverwaltung um ihre so wohlverdiente Ruhe bringe.

Ein gewisser Abbruch in der Tätigkeit der Opposition schien erreicht, nachdem der Hauptvorstand sechs ihrer führenden Genossen wegen ihrer gegensätzlichen Auffassungen aus dem Verband ausgeschlossen hatte. Aber das Gegenteil der dadurch erhofften Wirkungen trat ein. Und diese Tatsache, daß man mit dem Ausschluß der sechs Vorkämpfer unserer Sache die „sogenannte Opposition“ nicht „erledigt“ hat, sondern, daß wir immer an Einigkeit unter den Mitgliedern geminnen, was selbst Gegner wie Kopp und Ziegenbein müssen, sollte allen, denen an einem Vorwärtstreiben der Angestellten gelegen ist, zu denken geben. Gerade durch den Ausschluß sind erst weite Kreise bisher abseits Stehender auf uns aufmerksam geworden und dann zu uns gestossen! Und wir müssen weiter existieren und wir müssen groß werden und an Anhang gewinnen, weil wir uns in dem Kampf nicht für Personen und um Personen kümmern, sondern weil wir uns auf Ideen stützen, die uns die Richtschnur für unser Handeln geben!

Wir unterscheiden uns in diesen Punkten wesentlich vom Berliner Hauptvorstand, die auch von der Berliner Ortsverwaltung des J. d. A. Die Frage der Arbeitsgemeinschaften, an denen sich der Hauptvorstand in Permanenz beteiligt, trennt uns auch von der Berliner Ortsverwaltung, die trotz ihrer platonischen Erklärungen, daß sie Gegner der Arbeitergemeinschaft sei, erst kürzlich Vertreter in den Reichswirtschaftsrat, die staatlich konfessionelle Arbeitsgemeinschaften und damit unheilvolle Verwirrung in den Köpfen der Mitglieder stiftete.

Eine weitere Forderung ist die Schaffung von Industrie- und Gewerkschaften gemeinsam für Hand- und Kopfarbeiter. Wir leben in der erfolgten Zentralfaktion der Angestellten aller Berufe und der Eingruppierung nach Industrie- und Handelszweigen im J. d. A. nur eine Vorstufe der Weiterentwicklung zum Industrieverband mit den Arbeitern. Wir fordern, daß in denjenigen Industrie- oder Handelszweigen, in denen — wie beispielsweise in der Metallindustrie — die betreffende Betriebsorganisation die Bildung von Industrieverbänden beschloffen hat, die entsprechende Sektion des Angestelltenverbandes mit der Arbeiterorganisation zu einem Verband vereinigt wird und so zur Verwirklichung unserer Ziele positive Schritte getan werden.

Die Betriebsratsfrage ist ein weiterer Punkt gegensätzlicher Auffassungen. Während wir für eine selbständige Betriebsratsorganisation und Erfassung aller Betriebsräte eintreten, will die „Asa“ die Betriebsräte der Angestellten für sich und nur die freigewerkschaftlichen schaffen. Ueber diese Frage ist schon viel getritten worden, und mancher mag sich inzwischen schon von der absoluten Notwendigkeit der gemeinsamen Arbeit der Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten überzeugt haben. Die praktische Tätigkeit im Betrieb, die unabänderliche Tatsache, daß sowohl der Arbeiter als auch der Angestellte, wenn sie irgendwie Aufgaben erfüllen wollen, über den engen Rahmen des Betriebsrätegesetzes hinausgehen, aber im Interesse der Belegschaften unbedingt erforderlich sind, die Tatsache also, daß beide Teile völlig aufeinander angewiesen, ohne planmäßige Zusammenarbeit machtlos und den Unternehmern ausgeliefert sind, hat auch die „Asa“ zu einer Scheinbaren Wenderung ihrer Stellungnahme gezwungen. Sie erklärt sich bereit, mit den Arbeitern gemeinsam zu arbeiten. Aber in Verbindung mit dem Gewerkschaftsbund versucht man, dadurch, daß die Vorstände der „Asa“ und des Gewerkschaftsbundes zusammenlegen, also Instanzen unter Ausschaltung der Mitglieder gemeinsam arbeiten, den Arbeitern und Angestellten den Schein einer Zusammenfassung vorzutäuschen, während man in Wirklichkeit eine künstliche Mauer zwischen Arbeitern und Angestellten aufrecht, jede gemeinsame Tätigkeit unterbindet und eine immer größer werdende Entfremdung zwischen Arbeitern und Angestellten herbeiführt.

Dieser Gefahr der Entfremdung, ja der Möglichkeit des Falles gegeneinander, wie er in einzelnen Betrieben wieder aufzukommen droht, gilt es zu begegnen durch scharfen grundsätzlichen Kampf innerhalb der Angestelltenverbände gegen die teilweislich egoistische Politik einiger Führer, die sich

Die Utopie in der Wirklichkeit Eine Friedensnovelle.

Von August Strindberg.

Herr von Bleichroden war ein ganz moderner Typus. Urentel der französischen Revolution, Enkel der heiligen Alliance, Sohn des Jahres 1830. Wie ein Verunglückter zwischen den Klippen der Revolution und der Reaktion zerschellt. Als er mit zwanzig Jahren zum bewußten Leben erwachte, fielen ihm die Schuppen von den Augen; er sah, in welches Ulgengewebe er verstrickt war, vom Befehnischristentum bis zum Dynastiefetichismus; es war ihm, als sei er jetzt erst erwacht, oder als sei er als der einzig Vernünftige in ein Irrenhaus eingesperrt. Und als er kein Loch in der Mauer entdeckte, durch das er entkommen konnte, ohne einem hindernden Bajonett oder einer Gewehrzündung zu begegnen, verzweifelte er. Er hörte auf, an etwas zu glauben, sogar an Rettung, und er warf sich in die Opiumschänken des Pessimismus, um wenigstens den Schmerz zu betäuben, wenn es keine Heilung gab. Schopenhauer wurde sein Freund, und später fand er in Hartmann den brutalsten Wahrheitslager, den die Welt gesehen.

Doch die Gesellschaft rief ihn und verlangte von ihm, sich irgendwo einschreiben zu lassen. Herr von Bleichroden warf sich auf die Wissenschaft und wählte eine, welche die geringste Berührung mit der Gegenwart hatte: die Geologie, oder vielmehr den Zweig, der das Tier- und Pflanzenleben einer vergangenen Welt behandelte, die Paläontologie. Als er sich fragte: zu welchem Nutzen für die Menschheit? konnte er nur antworten: zum Nutzen für mich selbst! Als Betäubungsmittel! Er konnte niemals eine Zeitung lesen, ohne den Fanatismus wie einen grauenhaften Wahnsinn aufsteigen zu fühlen; deshalb hielt er alles, was ihn an Mitwelt und Zeitzeit erinnern konnte, von sich fern; und er begann zu hoffen, in einer teuer erworbenen, erkämpften Stupidität seine Tage in Ruhe und mit gesunder Vernunft leben zu dürfen. Dann verheiratete er sich; er konnte dem unvermeidlichen Gesetz der Natur von der Erhaltung der Gattung nicht entgehen. In der Frau hatte er all das Innerliche wiederzugewinnen gesucht, das er selbst mit Mühe überwunden; sie wurde sein

altes, gefühlvolles Ich, über das er sich in stiller Ruhe freute, ohne aus seinen Verschanzungen herausgehen zu müssen. In ihr fand er seine Ergänzung und er begann sich zu sammeln, aber er fühlte auch, daß sein ganzes künftiges Leben auf zwei Ecksteinen gebaut war; der eine war seine Gattin; fiel dieser, dann würde er und sein ganzes Gebäude einstürzen. Als er nun nach einer Ehe von einigen Monaten von ihrer Seite gerissen wurde, war er nicht mehr er selbst. Es war ihm, als fehlte ihm sein Auge, seine eine Lunge, sein einer Arm, und darum konnte er auch so schnell entzwei gehen, als der Schlag ihn traf!

Beim Anblick seiner Tochter schien etwas Neues in dem aufzusteigen, was Herr von Bleichroden seine Naturseele nannte, zum Unterschied von seiner Gesellschaftseele, die durch die Erziehung geschaffen wird. Er fühlte jetzt, daß er an die Familie gebunden war, daß er nicht sterben würde, wenn er einmal starb, daß seine Seele im Kinde fortleben würde; er empfand mit einem Wort, daß seine Seele wirklich unsterblich war, wenn auch sein Körper im Kampfe zwischen den hemmischen Kräften untergehen würde. Er fühlte sich mit einem Male verpflichtet, zu leben und zu hoffen. Obgleich er oft von Verzweiflung ergriffen wurde, wenn er hörte, wie seine Landsleute in dem sehr natürlichen Kauf des Sieges den glücklichen Ausgang des Krieges einigen Personen zuschrieben, die von ihren Landauern mit Fernrohren das Schlachtfeld betrachteten hatten; dann aber wurde ihm sein Pessimismus tabelnwert, weil er die Entwicklung des Neuen durch ein schlechtes Vorbild hinderte, und er wurde Optimist aus Pflichtgefühl. Doch er wagte nicht, in seine Heimat zurückzukehren, aus Furcht, dort wieder der Nulllosigkeit zu verfallen, sondern erbat seinen Abschied, machte sein kleines Vermögen flüssig und ließ sich in der Schweiz nieder.

Es war ein schöner, warmer Herbstabend zu Bevey im Jahre 1872. Die Mittagsglocke der kleinen Pension Le Cedre hatte Schlag sieben Uhr zum Dinner geläutet, und die große Mittagstafel versammelten sich die Pensionäre, die alle miteinander Bekanntschaft geschlossen hatten und auf dem intimsten Fuß lebten, wie die Menschen tun, wenn sie sich auf neutralem Gebiet befinden. Herr von Bleichroden und seine Frau hatten zu Tischnachbarn den traurigen Franzosen, den er in der Hospitalkirche getroffen hatte, einen Engländer, zwei Russen, einen Deutschen nebst Frau, eine spanische Familie und zwei Tirolerinnen. Das Gespräch

ging wie gewöhnlich ruhig, friedlich, fast gefühllos, zuwellen spielend über die brennendsten Fragen hin, ohne jemals Feuer zu fangen.

— Daß die Erde so unnatürlich schön sein könnte wie hier, hätte ich niemals geglaubt —, sagte Herr von Bleichroden und berauschte sich mit einem Blick durch die offenen Parandafären!

— Die Natur ist auch sonst schön —, sagte der Deutsche, — aber ich glaube, unsere Augen waren krank! —

— Das ist wahr —, sagte der Engländer, — aber hier ist es auch schöner als irgendwo anders! Haben Sie nicht gehört, meine Herrschaften, wie es den Barbaren ging, dieses Mal waren es Alemannen oder Ungarn, glaube ich, als sie auf die Dent Jaman hinaufkamen und den Genfer See erblickten? Sie glaubten, der Himmel sei auf die Erde gefallen, und waren so erschrocken, daß sie wieder umkehrten! Aber das steht gewiß im Führer zu lesen! —

— Ich glaube —, sagte der eine Russe, — die reine sügenfreie Luft, die man hier atmet, macht es, daß wir alles so schön finden, wenn ich auch nicht leugnen will, daß dieselbe schöne Natur eine Rückwirkung auf die Sinne ausübt und sie abhält, sich in alle unsere Vorurteile zu verstricken. Aber warten Sie bloß, wenn die Erben der heiligen Allianz tot sind, wenn die höchsten Bäume geköpft worden, werden auch unsere Pflanzen wieder in hellem Sonnenschein grünen. —

— Sie haben recht —, sagte Herr von Bleichroden, — aber wir werden die Bäume nicht zu köpfen brauchen! Es gibt andere menschlichere Arien. Es war einmal ein Schriftsteller, der hatte ein mittelmäßiges Stück geschrieben, dessen Erfolg davon abhing, wie die weibliche Hauptrolle gegeben würde. Er ging zur Primadonna der Schauspielerinnen und fragte, ob sie die Rolle übernehmen wolle. Sie antwortete ausweichend. Da verzog er sich soweit, sie daran zu erinnern, daß sie nach der Hausordnung des Theaters gezwungen werden könne, die Rolle zu spielen. Das ist wahr, antwortete sie, aber — ich kann Schwierigkeiten machen! — Wir können auch unseren Hauptrollen Schwierigkeiten machen. In England ist es heute nur noch eine Budgetfrage! Das Parlament steht die Apanage herab und sie werden ihrer Wege gehen! Das ist die Strafe der gesetzlichen Reformen! Nicht wahr, Herr Engländer? —

(Fortsetzung folgt.)

ohne Rücksicht auf die Gesamtinteressen des Proletariats, um jeden Preis den einmal geschaffenen Machtbereich erhalten wollen. Dieser Kampf innerhalb der Angestelltenverbände wird stark erleichtert durch die Forderung einer engen Verbindung aller oppositionellen Elemente untereinander über das ganze Reich und durch eine oft in Erscheinung getretene Disziplinlosigkeit einzelner zum Schaden der ganzen oppositionellen Sache. Dieser schädlichen Zersplitterung und dem Außer-der-Reihe-Gehen kann nur vordringend werden durch kräftige Zentralisation der Opposition auch in den Gewerkschaften.

Die Moskauer Leitlinie — mit denen sich ja, wie immer behauptet wird, auch die Gegner der Aufnahmehindernisse in grundtätlich einverstanden erklären — fordern nun von uns, den sich logisch aus unsern oppositionellen Zielen ergebenden Kampf gegen die Amsterdamer Internationale. Und dazu die zur erfolgreichen Durchführung des Kampfes notwendige Zentralisation der Opposition.

Genosse Seidel glaubt — wie er in seinem Artikel in der „Freiheit“ vom 12. September darzulegen sucht — daß dadurch die Spaltung innerhalb der Gewerkschaften eintreten wird. Wörtlich schreibt er, nachdem er behauptet hat, daß es Aufgabe der zu bildenden kommunistischen Zellen in den Gewerkschaften sei, die Verbände von ihren internationalen Verbindungen loszulösen: „Ich bin überzeugt, daß ein Vorgehen der Zentralverbände gegen eine solche Opposition garnicht mehr aufzuhalten wäre, und dann wäre die Spaltung gegeben.“

Was hier festgestellt zu werden verdient, ist, daß die Zentralverbände also sowohl die Ermunterung als auch die Sanktion zum Sinauswurf aller kommunistischen Mitglieder — und das sind hauptsächlich die vorwärtsdrängenden Elemente, wenn man sich nicht an die Namensbezeichnung klammert — aus den Gewerkschaften vom Genossen Seidel und der mit ihm sich sicherlich identifizierenden „Freiheit“-Redaktion erhalten haben. Von dieser Seite droht also den Zentralverbänden kein Widerstand bei dem „Großreinemachen“.

Das darf und wird uns aber nicht hindern, unsern Grundfäden und unserer Überzeugung gemäß bei den benötigten Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaften zu verfahren! Wir haben gerade in den letzten 1 1/2 Jahren in der Angestelltenbewegung Lehrgeld genug zahlen müssen, weil kein einheitliches Arbeiten noch festen Richtlinien zu erzielen war.

Wir werden kraft zentralisiert innerhalb des Verbandes kämpfen, bis wir die Mehrheit der Mitglieder für unsere Ideen gewonnen und die reaktionäre Leitung beseitigt haben. Werden die Zentralverbände demgegenüber zu den ihnen anempfohlenen Mitteln des Ausschlusses greifen, so wird allerdings die Spaltung der Gewerkschaften erfolgen. Dann werden aber auch die Mitglieder wissen, wer die Gewerkschaften spaltet, wer die wirklichen Zersplitterer der Arbeiter- und Angestelltenbewegung sind. Und die Entscheidung, die dann die überwindende Mehrheit der Mitglieder treffen wird, dürfte nicht zweifelhaft sein.

Ich glaube die gewünschte und zugesagte Objektivität nicht zu verfehlen, indem ich einige Bemerkungen zu dem gegen mich gerichteten, mehr persönlichen als sachlichen Angriff mache. Daß meine Ausführungen über die Gefahr der Spaltung der Gewerkschaften mit den Vorwürfen eintragen werden, den Wolff sehr scharf dahin formuliert, ich hätte eine Ermunterung und Sanktion des Sinauswurfes aller „kommunistischen Mitglieder“ aus den Gewerkschaften ausgesprochen, habe ich gewußt, als ich die betreffenden Sätze schrieb. Diese Art, der Arbeiterschaft den Bild für die Konsequenz der Dinge zu verduffeln durch dazwischenliegende Anwürfe gegen die Warner, ist ja nicht neu. Ich denke auch nicht daran, mich gegenüber der Unterstellung Wolffs zu rechtfertigen, indem ich meine früheren Ausführungen genauer interpretiere. Das würde doch nichts helfen. Wie man sich praktisch zu den „kommunistischen Zellen“ in den Gewerkschaften — nur um sie, nicht um kommunistische Mitglieder, wie Wolff auslegen beliebt, handelt es sich — stellen muß, wird von der Art ihres Auftretens abhängen. Einstweilen erkläre ich offen, daß ich mich allerdings niemals auf die Seite einer Gruppe stellen werde, deren Verhalten die Einheit der Gewerkschaften bedroht, mögen sie sich auch noch so laut als „vorwärtsdrängende Elemente“ antündigen. Richard Seidel.

## Scharfmachereien

Die Kapitalisten suchen stets ihr Streben nach Profit durch einen Schwalm von Worten über das „Gemeininteresse“, die „Notwendigkeit des Wiederaufbaus der deutschen Volkswirtschaft“ zu verdecken. Angeblich Gegner der jetzigen politischen Einrichtungen, weil sie den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft fördern, laufen sie in Wirklichkeit gegen alle sozialen Errungenschaften Sturm, weil sie ihren Ausbeutungswillen einschränken. Um diese winzigen Errungenschaften zu beseitigen, ist ihnen deshalb jedes Mittel recht. Sie sprechen selbst davor nicht zurück, ihre Forderungen mit Hilfe der „Reinbe“ durchzusetzen, die sie sonst als die größte Gefahr für Deutschlands Bestand hinzustellen suchen.

Ein Zufall verschafft uns die Möglichkeit, unsern Lesern Kenntnis zu geben, von einer Rede eines Großindustriellen, der diese Gedankengänge offen zu vertreten gewagt hat. Auf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Werkzeugmaschinen-Fabriken, eine der größten deutschen Unternehmerorganisationen, die am 30. Juni 1919 in Leipzig stattfand, und deren gedruckter Bericht ausdrücklich als „streng vertraulich, Nachdruck auch auszugsweise untersagt“ bezeichnet wird, führte der Vorsitzende, Geheimrat Commerzienrat Dr. Ing. Joh. G. Reineker, unter anderem folgendes aus:

„Ein wildes Chaos ist entstanden. Einen Ausweg daraus zu finden, ist unmöglich. Durchgreifende Hilfe ist nicht zu erwarten. Mit wenigen Ausnahmen haben sich die Leiter der Staatmaschinen als völlig unfähig heraus erwiesen; von denen, die sich gern an ihre Stelle setzen möchten, ist noch weniger Gutes zu erwarten.“

So sind wie denn in den Zustand der Verzweiflung geraten, daß wir unsere Hoffnung auf die Einmischung unserer Feinde in unser inneres Getriebe setzen müssen. Von ihnen hoffen wir, daß sie der Schwandwirtschaft im Reiche ein Ende bereiten werden. Nicht aus Liebe zu uns, sondern aus ihren eigenen Interessen. Sie werden dahin wirken müssen, daß die Vergewaltigung von Geldern ein Ende erreicht. Damit ihnen die Ergebnisse zugute kommen. Sie werden der Vergewaltigung von Arbeitskraft, die sich in Streiks und ähnlichen Dingen äußert, entgegenzutreten müssen, damit wieder Werte geschaffen werden. Wenn das alles zunächst in ihrem Interesse erfolgt, so können wir uns trotzdem damit abfinden, weil dann allmählich wieder Recht und Ordnung zurückkehren werden, ohne welche eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung undenkbar ist. So sind traurige Ausblicke, die sich dem deutschen Reich, dem deutschen Wirtschaftsleben und damit auch dem Wirkungsbereich des Vereins Deutscher Werkzeugmaschinen-Fabriken eröffnen. Wir müssen die Fäden zusammenfassen und versuchen, uns durchzusetzen. So oder so! Jedenfalls dürfen wir uns nicht unterlegen lassen.“

Aus dem Bericht geht hervor, daß dieses Programm von 25 anwesenden Großindustriellen einstimmig gebilligt

wurde, daß diese Herren also noch deutlicher als es Herr Stinnes getan, nicht davor zurückzureden, die Einmischung der Gegner Deutschlands in seine inneren Angelegenheiten mit allen Kräften herbeizuwünschen. Berücksichtigt man, daß das dieselben Herren sind, die äußerlich jeder Einmischung der Entente in Deutschlands Angelegenheiten als ein flagrantes Verbrechen bezeichnen, die vom gesamten deutschen Volk entrüstet abgelehnt werden müsse, so erkennt man nicht nur das Maß der Heuchelei, das in diesen Kreisen als erlaubt gilt, sondern auch die Frivolität ihrer Absichten, die sie gegen die deutsche Arbeiterklasse hegen.

Kampf gegen die deutsche Arbeiterklasse. Beseitigung aller sozialpolitischen und politischen Errungenschaften ist ihr Ziel. Herabdrückung der Arbeiter zu dem alten Helotendasein, in dem sie sich nicht als Mensch, sondern nur als Ausbeutungsobjekte fühlen durften, das ist das Streben dieser Herrenmenschen, die keine anderen Hemmnisse kennen, als die ihnen durch die Macht der Arbeiterklasse gezogen sind.

Das sollte der deutschen Arbeiterklasse zu denken geben. Die Unternehmer stehen geschlossen und einmütig da, bereit, in jedem Augenblick den entscheidenden Kampf gegen die deutsche Arbeiterklasse aufzunehmen. Die Arbeiterklasse aber zersplittert sich in inneren Auseinandersetzungen und gewährt derweilen dem Unternehmertum die Möglichkeit, alle seine Kräfte zum entscheidenden Schlage gegen die Arbeiterklasse zu sammeln und die Konterrevolution zum Siege zu bringen.

## Revolutionärer Sozialismus oder Kommunistischer Abbruch

Von Adam Ebert.

Eine bitterste Frage ist es, mit der wir uns zu beschäftigen haben. Anknüpfung an die 3. Internationale. Eine Frage, die für uns eigentlich keine Frage sein sollte. Oder doch zum mindesten schon längst ihre Lösung gefunden haben müßte.

Woran liegt diese Lähmung? Jahrzehntlang war unser Kampf im internationalen Proletariat „Kleber der Kapitalismus, es lebe der völkervereinende Sozialismus“.

Heute haben wir viel wichtigeres zu tun, uns in Bruderparteien zu spalten und uns dann zu bekämpfen. Wenn jemals die Einigung der proletarischen Massen als dringend ernst betrachtet werden mußte, dann ist es jetzt. Aber wir bekämpfen uns und kaum können noch die bewaffneten reaktionären Zivis- und Militärgehaltigen ihren Jubel unterdrücken, um den letzten und endgültigen Kampf gegen das deutsche Proletariat zu wagen.

Und wir? Was schert es uns, wir treiben Totengräberpolitik!

Es ist nicht der reine Anflug, wenn man mit dem bedeutungsvollen Satz „Es lebe die Diktatur des Proletariats herumwirft und lustig die Macht, die man sich in der Partei und durch dieselbe geschaffen hat, auseinanderläßt! Statt uns zu neuen Kämpfen fest zusammenzuschließen und in der uns noch fernstehenden Proletariermasse neue Kämpfer zu gewinnen, fangen wir an, den jungen lebenskräftigen Bau der U. S. P. D. zu spalten. Eine so geistig arme Politik ist das, daß man glauben sollte, ein denkender Mensch könne dies nicht mitmachen. Mit Recht kann man sagen, daß wir nicht mit verbundenen Augen, aber mit gebundenen Händen in das kommunistische Himmelreich eingehen sollen.

Nicht als Brüder, als Gleichberechtigte, nein, nur als fix und fertige Kommunistenmasse. Wie vielen Genossen ist das schon klar geworden? — Und braucht man sich zu wundern, wenn bei uns in Neukölln in einer Bezirksversammlung ein Genosse, mit aller Leidenschaft für Moskau eintrat, aber in bezug auf die 21 Bedingungen meinte er, wenn wir daran nichts ändern können, dann treten wir wieder aus der Moskauer Internationale aus.

Parteiengenossen! Wenn man in Moskau ehrliche sozialistische Politik treiben wollte, dann hätten wir heute nicht den Streit, für oder gegen Moskau. Wenn man revolutionäre sozialistische Politik und keine kommunistische Abbruchpolitik machen will, dann hätten wir heute schon eine starke, das internationale Proletariat umfassende 3. Internationale. Man scheint in Moskau in den alten Cäsarenwahn verfallen zu sein und schreit in die Welt: „Ihr alle, die ihr nicht waschechte Moskauer Kommunisten seid, freit diese Bedingungen oder dort ist die Tür.“

Das ist keine brüderliche, keine sozialistische Politik. Das sind Rudendorffmanieren, weiter nichts. In Rußland mögen die Verhältnisse sein, die solche Politik rechtfertigen, das haben aber die russischen Genossen mit sich selbst abzumachen.

Wir müssen unsere Macht, unsere Stärke bei uns selbst aufbauen, alle Mittel ausnützen, die uns gegeben sind. Unser Ziel ist auch die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Befreiung unserer Volksgenossen vom kapitalistischen Joch. Und als Endpunkt in unserer Politik kann nicht die landläufige bürgerliche Demokratie gelten, sondern einzig und allein die reine sozialistische Demokratie, der Volkswille!

Eins möchte ich noch in die Debatte werfen. Parteiengenossen! Wenn ich Anhänger der 21 Punkte wäre, wenn ich die U. S. P. D. als eine für mich erledigte Partei betrachten würde, dann hätte ich auch den Mut, das zu tun, was ich vertritt. Ich würde Mitglied der R. P. D. werden. Alle unsere Freunde und Parteiengenossen, ob Führer oder nicht, haben diesen Bekenntnis noch nicht bewiesen.

Wer aber von uns weiterwirken will als revolutionärer Sozialist, wer von uns eine starke lebensfähige 3. Internationale aufbauen will, wer selbst Denker und Träger seiner Überzeugung sein will, der bleibe seiner alten Fahne treu, treu bis zum Endkampf um den Sozialismus.

## Falsche Berichterstattung

Aus Frankfurt a. M. wird uns geschrieben: Der Kampf für die von Moskau diktierte Parteispaltung nimmt nachgerade Formen an, die mit einer sachlichen Erörterung der strittigen Fragen nicht das Geringste zu tun haben.

Ein geradezu typisches Beispiel dieser unsachlichen Kampfesweise bietet die Berichterstattung der unbedingten Moskauer Anhänger über die Frankfurter Mitgliederversammlung, in der Däumig und Crispian über die 21 Punkte referierten. In einer von Anna Geiger-Berlin herausgegebenen Korrespondenz bringen sie einen Bericht über diese Versammlung, der unter anderem folgende Stelle enthält:

Sie (die Gegner des Moskauer Diktats) hatten außer Crispian noch den Genossen Friedrich Adler aus Wien kommen lassen, damit dieser nach dem Muster des Leipziger Parteitag die Genossen beeinflussen sollte. Die Versammlung beschloß jedoch, Friedrich Adler nicht zu hören und sofort nach den beiden Referaten zur Abstimmung zu schreiten.

Comet der „Anstehende“ Berichterstatte. Nun weiß aber jeder Genosse, der die Versammlung besuchte, daß überhaupt

nicht darüber abgestimmt wurde. Die Versammlung war über die Wichtigkeit Adlers gar nicht unterrichtet, konnte ihn daher als Redner auch nicht ablehnen. Der Beschluß auf Ablehnung jeder Diskussion wurde vielmehr schon eingangs der Versammlung gefaßt, ehe noch die Referenten gesprochen und sich Diskussionreden zum Wort gemeldet hatten.

Es zeigt auch gerade nicht von viel Vertrauen zu der eigenen Sache, wenn man nur durch Unterbindung jeder Diskussion glaubt, die Stimmung für sich retten zu können. Wie reimt sich übrigens ein solches Vorgehen zusammen mit dem Geschrei über die Verletzung des Parteitag in Halle, wodurch angeblich die grundsätzliche Diskussion über die Moskauer Bedingungen unterbunden wird?

## Aus den Berliner Parteio-rganisationen

### 1. Distrikt

In einer kürzlichen Sitzung des 1. Distrikts, in der von etwa 600 Mitgliedern ca. 200 anwesend waren, wurde über die Frage des Anschlusses an die 3. Internationale verhandelt. Von den eingereichten Resolutionen erhielt die für den bedingungslosen Beitritt 88, die ablehnende 83 Stimmen. Ferner wurde der Antrag angenommen, zwei Vertreter der russischen Sowjetregierung zum Parteitag zu laden.

### Beschlüsse des 4. Distrikts

Nach Kenntnisnahme des Berichts vom Zentralvorstand tritt es offensichtlich zutage, daß systematisch auf Spaltung der Partei hingearbeitet wird. Die Mehrheit der Genossen des 4. Distrikts hat sich auf den Boden der 3. Internationale und der Bedingungen gestellt. Dem Rechnung tragend, beantragen wir Neuwahl der Distriktsleitung und des Ersparungskomitees. Außerdem hat der Distrikt fünf weitere Beschlüsse gefaßt, in denen das Verhalten des Zentralvorstandes des geschäftsführenden Ausschusses verurteilt und das Mißtrauensvotum gegen die Freiheit-Redaktion gebilligt wird.

### 15. Distrikt

Die Generalversammlung des 15. Distrikts besaßte sich am 28. d. Mts. mit der Anstellung der Delegierten zum Parteitag und mit der Wahl von 2 Mitgliedern zur Wahlkommission. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde nach längerer Geschäftsordnungsdebatte die Neuwahl der Distriktsleitung mit auf die Tagesordnung gesetzt. Als Delegierte zum Parteitag wurden von den Befürwortern des Anschlusses die Genossen Otto Marx, Bruno Krause, Otilie Pohl von den Gegnern der Bedingungen die Genossen Dr. Julius Wosch, Alfred Krüger und Martha Demming aufgestellt.

Bei der Wahl der Distriktsleitung kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung, die damit endete, daß Genosse Schäß der Vorsitz niederkam. Genosse Gerlach als Vorstandsmittglied übernahm die Leitung der Versammlung. Die Neuwahl der Distriktsleitung wurde nunmehr unter ruhigem Verlauf der Versammlung vorgenommen; gewählt wurden als 1. Vorsitzender: Otto Weste, 2. Vorsitzender: Karl Bloch, 1. Kassierer: Otto Marx, 2. Kassierer: Max Bentz, 1. Schriftführer: Hermann Gerlach, 2. Schriftführer: Erich Hebler. Des weitern wurde ein Antrag angenommen, der der „Freiheit“-Redaktion das schärfste Mißtrauen ausspricht und ihren sofortigen Rücktritt verlangt.

### 18. Distrikt

Zwei Generalversammlungen des 18. Distrikts beschäftigten sich mit den Anschlußbedingungen. Nach Abschluß der Aussprache wurde mit großer Mehrheit folgende Entschlieung getroffen:

Die allgemeine politische Lage bedingt die Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte. Durchbrüche von der Notwendigkeit einer strengen sozialistischen Zentralisation, verbunden mit der Ausmerzung aller opportunistischen, die revolutionäre Bewegung hemmenden Personen, erklärt die Generalversammlung des 18. Distrikts: Die Anerkennung der 21 Bedingungen ist das Mindestmaß dessen, was von einem Revolutionär verlangt werden muß.

Ebenfalls angenommen wurde folgender Antrag: Die Generalversammlung des 18. Distrikts erteilt ihr Mißbilligt die Schreibweise der „Freiheit“. Die Generalversammlung beauftragt den Distriktsvorstand, bei dem Zentralvorstand die Einberufung einer Verbandsgeneralversammlung so schnell wie möglich zu beantragen, die zu der Schreibweise der „Freiheit“ und der eventuellen Neuabsetzung der Redaktion Stellung zu nehmen hat. Sollte der Zentralvorstand die Einberufung einer Verbandsgeneralversammlung ablehnen, so wird der Distriktsvorstand beauftragt, mit den übrigen Distrikten in Verbindung zu treten um auf diesem Wege die Einberufung einer Verbandsgeneralversammlung zu erzwingen.

### Rosenthal

Die am Mittwoch, den 29. September 1920, in Rosenthal tagende von circa 200 Genossen besuchte Mitgliederversammlung erklärte sich nach eingehender Diskussion mit einer Resolution gegen 3 Stimmen einverstanden, die die Annahme der 21 Bedingungen befürwortet.

### Bezirk Mahlsdorf

Die am Mittwoch, den 29. September 1920, tagende Mitgliederversammlung nahm mit allen gegen 1 Stimme eine Entschlieung für die Annahme der Bedingungen an.

### Die Stellung der Lehrer

In der Nr. 406 der „Freiheit“ wird von der U. S. P. Fraktion der Lehrer (Ortsgruppe Groß-Berlin) berichtet, daß die „überwältigende Mehrheit“ auf dem Standpunkt des Anschlusses an Moskau unter den gegebenen Bedingungen“ stehe. Nur „drei Mitglieder“ hätten dagegen gestimmt. Dieser Bericht stellt ein Stimungsmacherei dar, wie sie im Interesse reiner, sachlicher Scheidung nicht gebildet werden darf, und die Abstimmung selbst fand unter Bedingungen statt, wie eine Abstimmung stattfinden sollte. Die ganze Fraktion der U. S. P. Lehrer umfaßt etwa 50 Mitglieder, von denen höchsten 20 anwesend waren. Die Abstimmung selbst fand auf einem Korridor nach einer Fraktionsführung ohne irgendein Referat, ohne irgendeine Diskussion, ohne daß die Mitglieder zu dieser Zwecke eingeladen waren, statt. Ich persönlich hatte ich der Fraktionsführung teilgenommen, und man hatte es noch nicht einmal für nötig befunden, mir mitzuteilen, daß noch im letzte Moment eine solch bedeutsame Abstimmung erfolgen sollte. Löwenstein.

**Verichtigung.** Der Druckfehlerentset hat in dem gestrigen Kufre des Zentralkomitees aus dem Zentralkomitee eine „Zentralkommission der U. S. P.“ gemacht. Selbstverständlich ist dann nur das Zentralkomitee, die oberste Leitung der Partei, gemeint.

## Zur Aufklärung!

„Kukurole, das schnell und sicher wirkende Mittel gegen Hühneraugen, Hornhaut, Schwielen und Warzen ist in großem Format für die Käufer vorzuziehen als in kleinem.“

Da „Kukurole“ lange Zeit haltbar ist, so wird es von jetzt ab nur noch in großem Format hergestellt, zumal der Preisunterchied nur 50 Pf. beträgt. Frach den alt. Format M. 2.50, des neuen M. 3.—.

„Kukurole“ ist in Apotheken und Drogerien erhältlich. Achten Sie aber genau auf das Name.

### Arbeitslosen-Versicherung

Am Donnerstag tagte die Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission. Sie nahm Stellung zu dem Entwurf eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung, der demnächst im Reichstag beraten werden soll.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte der anwesende Vorsitzende der Betriebsräte-Zentrale, Paul Neumann, daß die Gewerkschaftskommission den Etat der Betriebsräte-Zentrale als zweiten Punkt der Tagesordnung zur Kenntnis nimmt und genehmigt, da die Zentrale in ihrer Arbeitsfähigkeit beschränkt wird, wenn der Etat weiter wie bisher nur die notwendigen Gelder zur Verfügung gestellt werden. Gegen diesen Antrag wandten sich mehrere Vertreter. Es sei nicht angängig, daß über eine so wichtige Frage in der Plenarversammlung entschieden wird, ohne daß die einzelnen Ortsvereinigungen dazu Stellung genommen haben, ganz besonders, da der Etat die hohe Summe von etwa 600 000 Mark vorzieht. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte nahm die Gewerkschaftskommission einen zweiten Antrag Neumann an, am kommenden Dienstag in einer Plenarversammlung zu dem Etat Stellung zu nehmen, um die von Neumann und Stolt ausgesprochene Meinung, daß die Gewerkschaftskommission vor Stattfinden des Betriebsräte-Kongresses den Etat nicht verabschieden will, unwirksam zu machen.

Eine anwesende Kommission der Arbeiter der radikalen Betriebe verlangte Stellungnahme der Gewerkschaftskommission zu der Frage, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um den Schlag der Berliner Reaktion gegen das neue Groß-Berlin abzuwehren. Der Vorsitzende Sabath gab die Erklärung ab, daß die Gewerkschaftskommission nichts unterlassen wird, um in wirksamer Weise den reaktionären Bestrebungen entgegenzutreten. Er sagte schon jetzt die weitgehendste Unterstützung bei einem etwaigen Kampfe zu. Es sei jedoch erst die Aufgabe der Spitzenorganisationen, diese Frage zu behandeln. Dann würde auch die Gewerkschaftskommission mit den politischen Parteien und der Betriebsräte-Zentrale zu dieser wichtigen Frage Stellung nehmen.

Die Plenarversammlung trat dann in die Beratung des Gesetzesentwurfs über die Arbeitslosenversicherung ein. Der Vorsitzende Sabath teilte dazu mit, daß die eingesehene Kommission gemeinsam mit dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission den Gesetzesentwurf durchberaten habe. Diese Körperschaft lehnt den gesamten Entwurf zwar grundsätzlich ab, weil er eine Verschlechterung der bestehenden Verhältnisse in der Arbeitslosenunterstützung bedeute und den Charakter eines Ausnahmegesetzes habe. Ungeachtet dieser Stellungnahme hat die Kommission sich jedoch auf den Standpunkt gestellt, daß die Gewerkschaftskommission zu der Gesetzesvorlage Änderungsanträge stellen muß.

Am Schluß seiner Ausführungen betonte Sabath, daß die Änderungsanträge möglichst bald gestellt werden müssen, da das Gesetz voraussichtlich Mitte Oktober dem Reichstag zur Beratung vorgelegt wird. Wenn es nicht möglich ist, das Gesetz zu verhindern, so müssen die Gewerkschaften doch alles aufwenden, daß das Gesetz so gestaltet wird, daß der Arbeiterschaft Einfluß auf das Gesetz gesichert wird.

Hoppe vom Bauarbeiterverband vertrat in der Diskussion ganz entschieden den Standpunkt, daß die Gewerkschaften dieses Gesetz grundsätzlich ablehnen müssen, da es ein Ausnahmegesetz sei. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission hätte aus diesem Grunde gar nicht in die Beratung des Gesetzes eintreten sollen, ganz besonders im Hinblick darauf, daß wir grundsätzlich an dem Standpunkt festhalten müssen, daß die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung aus allgemeinen Mitteln zu erfolgen hat.

Müncheberg (Metallarbeiter) vertrat den Standpunkt, daß wir ungeachtet der prinzipiellen Ablehnung des Gesetzes Änderungsanträge stellen müssen, da durch unsere Ablehnung das Gesetz wohl kaum verhindert werden wird. Müncheberg trat dann im einzelnen für die in der Kommission gestellten Änderungsanträge ein.

Stolt (Eisenbahner) erklärte, daß mit der prinzipiellen Ablehnung des Gesetzes nichts erreicht ist. Wir müssen deshalb unsere prinzipiellen Ablehnungsstandpunkte nicht in den Gaschrank stellen, sondern diesen in bestimmten Anträgen festzulegen versuchen. Die Beitragsleistung zur Arbeitslosenversicherung habe nicht durch die Arbeiter zu erfolgen, sondern es müßten die Unternehmer als Nutznießer der Volkswirtschaft diese Mittel aufbringen.

Die Gewerkschaftskommission nahm einen Antrag an, der verlangt, daß der Entwurf mit den von der Kommission gestellten Zusatz- und Änderungsanträgen zur nochmaligen Beratung an die Kommission zurückverwiesen wird. Die Kommission ist um die Gesellen Stolt, Klotz, Kalpar und Hoppe verstärkt worden. Bei der erneuten Beratung soll die grundsätzliche Auffassung der Plenarversammlung berücksichtigt werden. Nach Fertigstellung der Änderungsanträge durch die Kommission werden wir diese veröffentlichen.

### Gewerkschaftliches

#### Der Streik der Mühlenarbeiter Groß-Berlins

Wie wir schon mitgeteilt haben, sind die Mühlenarbeiter Groß-Berlins am Sonnabend, den 25. September, in den Streik getreten. Die mit den Unternehmern geführten Tarifverhandlungen konnten nicht zum Abschluß gebracht werden, worauf ein vom Reichsarbeitsministerium eingesetzter Schlichtungsausschuß am 30. September d. J. einen Schiedsspruch fällte, in welchem für Lohngruppe A 270 M., für die Gruppe B 260 M. und für Gruppe C 185 M. pro Woche für angemessen bezeichnet wurden. Die Arbeiter nahmen diesen Schiedsspruch an, die Unternehmer lehnten ihn ab, erklärten sich aber bereit, für Gruppe A 245 M., Gruppe B 235 M., Gruppe C 165 M. pro Woche zu zahlen.

Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums haben gestern vor dem Demobilisationskommissar Verhandlungen stattgefunden, bei denen die Unternehmer versuchten, den Demobilisationskommissar zu bestimmen, den Schiedsspruch nicht für verbindlich zu erklären. Es kam zu keiner Einigung, worauf der Demobilisationskommissar erklärte, seine Entscheidung vorzubehalten. In einer gutbesuchten Versammlung nahmen die Streikenden am Freitag den Bericht der Verhandlungskommission entgegen. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der die Verhandlungen erklärt, daß sie nicht gewillt sind, von ihrer Forderung, der Anerkennung des Schiedsspruches unter keinen Umständen abzugehen. Die Streikenden erklärten, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis daß die von dem Schlichtungsausschuß festgesetzten Lohnsätze und der von der Reichsgetreidestelle einkaufte Netto-Durchschnittslohn von den Unternehmern anerkannt wird. Da die Unternehmer mit einer längeren Dauer des Streiks rechnen, so fallen alle sich daraus ergebenden Ernährungsschwierigkeiten auf die Unternehmer. Der Verhandlungskommission sprechen die Streikenden ihr vollstes Vertrauen aus und fordern diese auf, alle sich aus dieser Situation ergebenden Maßnahmen zu ergreifen.

Da die Klostermühle in Spandau die gestellten Forderungen restlos bewilligt hat, werden die dort beschäftigten Arbeiter ermächtigt, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen. In allen anderen Betrieben geht der Kampf geschlossen weiter.

#### Angestellte des Elektro-Großhandels

Der in obiger Branche zwischen dem Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels und dem Zentralverband der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin, am 2. Juli d. J. abgeschlossene Tarifvertrag ist vom Reichsarbeitsministerium für allgemein verbindlich erklärt worden, und zwar rückwirkend ab 15. August 1920. Wir ersuchen alle Angestellten dieser Branche, bei ihren Arbeitgebern wegen Anerkennung des Tarifvertrages vorstellig zu werden und uns bei eventuellen Streitfällen sofort Mitteilung zu machen. Der Tarifvertrag ist im Verbandsbureau des Zentralverbandes

der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin, am 2. Juli d. J. abgeschlossene Tarifvertrag ist vom Reichsarbeitsministerium für allgemein verbindlich erklärt worden, und zwar rückwirkend ab 15. August 1920.

#### Streik im Groß-Berliner Zeitungsgewerbe

In der gestern in der Brauerei Schullheß tagenden Versammlung der Berliner Zeitungsgewerkschaften ist der Streik mit großer Majorität, hervorgerufen durch das rigorose Vorgehen der Zeitungsmagnaten, beschlossen worden. Heute, 8 Uhr vormittags, findet im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, eine Vollversammlung aller im Streik befindlichen Zeitungsgewerkschaften statt.

#### Abbruch der Tarifverhandlungen in der Chirurgie-Mechanik

Die Arbeitgeber wollen von ihrem Standpunkt, daß die Löhne abgebaut werden müßten, nicht abgehen. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin wird sich in ganz kurzer Zeit mit dieser Frage beschäftigen. Die Handarbeiterschaft der Branche hat den launischen Angestellten vollste Solidarität zugesichert. Es bleibt nunmehr abzuwarten, welche Stellung der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin einnehmen wird. Ein Lohnabbau in heutiger Zeit würde Konflikte heraufbeschwören, welche für die Groß-Berliner Bevölkerung von größter Tragweite sein müßten, da die Bekleidung der Krankenanstalten, Kliniken usw. mit chirurgischem und anderem Material, im Falle eines Ausstandes, in Frage gestellt sein würde.

### Rätehschule der Groß-Berliner Arbeiterschaft Betriebsräte! Genossen!

Der sich von Tag zu Tag zuspitzende Endkampf zwischen Kapital und Arbeit zwingt das Proletariat zur Bereitschaft in jeder Beziehung. Es ist Aufgabe der Rätehschule, zu dieser Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse beizutragen. Sie ist die Aktionschule des Proletariats, seine Kriegerakademie. Aus diesem Grunde hat sie als Wichtigstes einen Unterrichtskursus

#### Klassenkampfschulung

eingerrichtet. Er beginnt am Mittwoch, den 6. Oktober, und wird von vier Lehrern gleichzeitig geleitet. Alle Probleme des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens sollen hier in ihren Beziehungen zum Kampf und Aufstieg der Arbeiterklasse untersucht und durchgesprochen werden. Weiter gliedert sich der Lehrplan wie folgt:

#### Kapitalistische Wirtschaftskunde

Kursus 1. Wesen und Wirkung der kapitalistischen Wirtschaft. Lehrer: A. Dehring. Mehrwertproduktion, Akkumulation des Kapitals, Unternehmungsformen, Kartelle und Trusts, Manufaktur und Maschinenproduktion, Wirtschaftskrisen, Wirkung der kapitalistischen Wirtschaft. Beginn: Montag, den 4. Oktober, abends 5 Uhr, Zimmer 2.

Kursus 2. Die Organisation des modernen Fabrikbetriebes. Lehrer: A. Dehring. Organisation des Betriebes im allgemeinen, Kalkulationswesen und Selbstkostenrechnung, Grundriss des Betriebsbuchhaltung in ihrem Zusammenhang mit der Geschäftsbuchhaltung. Beginn: Montag, den 4. Oktober, abends 7 Uhr, Zimmer 27.

Kursus 3. Finanzielle Kontrolle der Unternehmung. Lehrer: Uja Haimann. Doppelte Buchhaltung und Bilanz-Kontrolle und Kritik. Praktische Übungen. Beginn: Freitag, den 8. Oktober, abends 5 Uhr, Zimmer 27.

Kursus 4. Die Praxis des Geldwezens. Lehrer: Henry Meyer. Das Bankwesen, die Geld- und Warenzirkulation. Die Praxis des Geldverkehrs. Beginn: Montag, den 4. Oktober, abends 7 Uhr, Zimmer 28.

Kursus 5. Technisierung der Landwirtschaft. Lehrer: E. Fink. Für Landarbeiter und Landbetriebsräte und Arbeiter und Betriebsräte der Maschinen-Düngemittel-, Elektrizitäts- und Baststoffindustrie. Beginn: Donnerstag, den 7. Oktober, abends 5 Uhr, Zimmer 27.

Kursus 6. Verkehrswesen. Lehrer: Th. Laake. Für Arbeiter und Angestellte und Beamte der Eisen-, Klein- und Straßenbahnen. Beginn: Donnerstag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr, Zimmer 27.

Kursus 7. Kraftwirtschaft. Lehrer: Ing. Stein. Für Betriebsräte und Arbeiter in Elektrizitätswerken, Kraftstationen und der verwandten Industrien. Beginn: Montag, den 4. Oktober, abends 7 Uhr, Zimmer 33.

#### Sozialistische Wirtschaftskunde

Kursus 1. Die wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus. Lehrer: Frd. Winkelmann. Beginn: Mittwoch, den 6. Oktober, abends 5 Uhr, Zimmer 28.

Kursus 2. Sozialistische Wirtschaftsorganisation. Lehrer: A. Dehring. Das Sozialisierungsproblem vom Standpunkt des wissenschaftlichen Marxismus. Einführung in die neueren Sozialisierungstheorien Otto Bauer, Wilsbrandt, Kautsky, Korsch, Oppenheimer, Wiesel, Pollock, Neurath. Die praktischen Erfahrungen der russischen Sozialisierung. Wesen und Bedeutung des Räteystems, Planwirtschaft, Wirtschaftsaufbau. Beginn: Mittwoch, den 6. Oktober, abends 7 Uhr, Zimmer 35.

Kursus 3. Sozialistische Betriebskunde. Lehrer: Fr. A. Wind. Die Grundzüge der sozialistischen Wirtschaftsverwaltung. Der Verrechnungsapparat, der Regulierungsapparat, der Produktionsapparat. Beginn: Mittwoch, den 20. Oktober, abends 5 Uhr, Zimmer 27.

Kursus 4. Weltwirtschaftliche Beziehungen. Lehrer: Frd. Winkelmann. Rohstoffe und Absatzmöglichkeiten. Beginn: Dienstag, den 5. Oktober, abends 7 Uhr, Zimmer 28.

Kursus 5. Kommunale Lebensmittelversorgung im Sozialismus. Lehrer: E. Fink. Für Arbeiter, Angestellte, Beamte und Räte der kommunalen Lebensmittelstellen, der Nahrungs- und Genussmittelindustrie und der damit zusammenhängenden Industriezweige. Beginn: Donnerstag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr, Zimmer 27.

Außerdem werden noch einige Elementarkurse im Rechnen, Deutsch, kritisches Zeitunglesen und volkswirtschaftliche Mathematik abgehalten.

Der Unterricht findet, wenn bei den einzelnen Kursen nichts näheres angegeben ist, immer in der 24. Volkshochschule, hinter der Garnisonkirche 2 (Nahe Bahnhof Börse) statt.

Anmeldungen werden mündlich oder unter Einbringung des Hörerbeitrages schriftlich im Bureau der Rätehschule, C 25, Ränzstr. 24, 3 Et., angenommen. Desgleichen zu Beginn der Kurse in der Schule.

Der Hörerbeitrag beträgt für jeden Kursus, der etwa 6-10 Abende umfaßt, 6 Mark.

Die Teilnehmerzahl der einzelnen Kurse ist beschränkt. Bei Mehranmeldungen können sofort Parallellurse eingerichtet werden. Die Anzahl derselben ist abhängig von der Zahl der sich uns zur Verfügung stellenden Beiräte. Deshalb ist beschleunigte Anmeldung anzuraten. Die Meldungen können auch betriebsweise geschehen.

#### Arbeiter, Betriebsräte, Genossen!

Die Rätehschule der Groß-Berliner Arbeiterschaft ist eure Schule. All ihre Arbeit ist auf die Führung und die Ziele des Klassenkampfes eingestellt. Wenn ihr die Produktion erobern wollt, so müßt ihr lernen, die Macht, die ihr in die Hände nehmen wollt, auch wirksam zu gebrauchen.

Nicht nur für bereits gewählte Arbeiter- und Betriebsräte sind die Unterrichtskurse bestimmt, sondern für alle Klassen Genossen, die von der Notwendigkeit des proletarischen Klassenkampfes überzeugt sind. Anmeldungen können noch nach Beginn der Kurse vorgenommen werden. Sobald genügend Teilnehmer vorhanden sind, werden zu den jeweilig laufenden Kursen Parallellurse eingerichtet.

### Wann kommen die Vertreter-Neuwahlen in der Krankenversicherung?

Aus dem Reiche wird uns geschrieben: Trodem die Amtsdauer der Mitglieder der Kassengorgane nach § 16. R. V. D. vier Jahre dauert und die Wahlen erstmalig im Herbst 1913 stattgefunden haben, sind bis heute Neuwahlen nicht erfolgt. Dasselben hätten schon vor Ablauf des Jahres 1918 erfolgen müssen. Inzwischen sind während des Krieges wiederholt alle nach der R. V. D. vorzunehmenden Wahlen verschoben worden. Nun versuchen, nachdem der Krieg schon längst beendet ist, sowohl der Reichsarbeitsminister als auch der preussische Minister für Volkswohlfahrt die schon längst fälligen Vertreterwahlen in der Krankenversicherung wiederum zu verschleppen, unbekümmert darum, wie es in Wirklichkeit in den Ausschüssen und Vorständen der Krankenkassen aussieht, und ganz abgesehen davon, daß hierdurch das Recht der Arbeitgeber und der Versicherten mit Füßen getreten wird.

In vielen Krankenkassen im Deutschen Reiche ist weder der Vorstand noch der Ausschuss vollständig, oder es befinden sich infolge der Kriegsverhältnisse eine Reihe von Vertretern in den Organen, die weder gesetzlich oder noch sonst irgendwie ein Recht haben, dort zu sitzen. Häufig sind Arbeitgeber-Vertreter, die schon längst keine Dienste mehr verrichten und somit auch keine Arbeitgeber sind, und ungelehrte Versicherten-Vertreter, die nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr berechtigt sind, in den Organen zu sitzen, noch dort zu finden. Selbst dort, wo man nach langem Sitzen infolge des Krieges noch die nötige Anzahl Vertreter zusammenbekommen hat, erscheinen sowohl die Arbeitgeber-Vertreter als auch die Versicherten-Vertreter einfach nicht mehr zu den Sitzungen der Kassenvorstände und Kassenausschüsse. Durch diese passive Tätigkeit sind die Organe nach Gesetz und Satzung eigentlich beschlussunfähig.

Trodem die Organe bei Anwesenheit der Hälfte der Vertreter erst beschlussfähig sind, werden Dienstordnungen, Satzungsänderungen, Erhöhung von Beiträgen und dergleichen von 10 und manchmal sogar von fünf anwesenden Vertretern beschlossen.

Diesem Zustande muß nun endlich einmal abgeholfen werden. Ihm kann nur dadurch abgeholfen werden, daß sobald wie möglich zu den Neuwahlen geschritten wird, um so mehr, als die alten Vertreter, die schon bereits sieben Jahre ihr Amt ausüben, ihrer Tätigkeit müde sind, ja viele Vertreter sogar diesen Organen gar nicht mehr angehören wollen.

In allen Städten erhebt sich der schärfste Widerspruch gegen die Weiterverschleppung der längst fälligen Neuwahlen, insbesondere bei den Versicherten, die mit aller Entschiedenheit die sofortige Auflösung der Kassengorgane und die Umbenennung der Neuwahlen verlangen.

### Groß-Berlin

**Bezirksverband Berlin-Brandenburg**  
Heute, Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, findet eine Sitzung des Zentralvorstandes im Reichstag, Portal 5, Obergeschoss, Zimmer 25, statt. Die Geschäftsleitung.

**Bezirksverordnete Groß-Berlin**  
Am Montag, den 4. Oktober, abends 7 Uhr, findet im Bürgeraal des Berliner Rathauses eine Sitzung der Bezirksverordneten statt. Wir bitten, bestimmt anwesend zu sein.

**Kinderjuchskommission Groß-Berlin**  
Am Sonntag, den 3. Oktober, findet eine Vollversammlung der Kinderjuchskommission der Arbeiterschaft in der Stadthalle, Eingang Klosterstraße, nachmittags 2 Uhr, statt. Einladung- und Ausweisarten sind am Eingang des Saales abzugeben. Pünktliches und vollständiges Erscheinen ist dringend und notwendig. Tagesordnung: 1. Fürsorgewesen. Referent: Stadtrat Genosse Leid. 2. Diskussion. 3. Bericht der Geschäftsleitung.  
J. A.: M. Demmering.

### Hungerdemonstration

Wir hatten seinerzeit darüber berichtet, in welcher Weise seitens des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsgesellschaften die Tarifverhandlungen verschleppt werden. Da die Versicherungsangestellten die schledentüchtigste Gruppe sind, steigt deren Not von Tag zu Tag. Infolgedessen sah sich die Viktoria-Versicherung am 15. September veranlaßt, bereits das halbe Gehalt vorauszubahlen. Dadurch kam ultimo nur noch ein halbes Monatsgehalt zur Auszahlung. Diese Summe reichte bei dem größten Teil der Angestellten nicht zur Befreiung der notwendigsten Ausgaben. Sie stellten deshalb an die Direktion die Forderung, die tarifvertraglich am 15. Oktober zur Auszahlung kommende Winterbeihilfe in Höhe eines Monatsgehaltes schon jetzt auszusahlen. Die Direktion lehnte diese Forderung mit dem Hinweis auf den Arbeitgeberverband ab und versuchte, diesbezügliche Verhandlungen zu verschleppen. Die Angestellten verweigern seit einigen Tagen jede Arbeit und Heimarbeit, weil sie infolge Entfristung nicht mehr imstande sind, diese zu leisten.

Am Freitag lehnten sie die Aufnahme der Arbeit mit der Begründung ab, daß sie vor Hunger nicht imstande seien, zu arbeiten. Trotz Aufforderungen des Betriebsrates, sich wenigstens an ihre Arbeitsplätze zu begeben, demonstrierten circa 4000 Angestellte auf dem Hofe für ihre Forderungen. Sie betrachteten die Ablehnung seitens der Direktion als einen schamhaften Willkürakt, da die Viktoria-Versicherung im Arbeitgeber-Verband für das Versicherungsgewerbe ausschlaggebende Bedeutung hat. Die Direktoren, die das Mißgeschick eines Jahreseinlossens der Angestellten im Monat haben, können die Not der Angestellten natürlich nicht. Durch die Ablehnung der Forderungen der Angestellten werden insbesondere die bei der Viktoria-Versicherung Versicherten (größtenteils Arbeitnehmer) geschädigt, weil die notwendigen Arbeiten liegen bleiben und Auszahlungen nicht erfolgen. Es scheint uns darum notwendig, daß die Aufsichtsbehörden für Privatversicherungen schleunigst eingreifen, und eine andere Verwaltung bei der Viktoria-Versicherung einlegen. Die Arbeiter und Angestellten aber werden gut tun, beim Neuaufschluß von Versicherungen sich des schamhaften Verhaltens der Direktoren der Viktoria-Versicherung zu erinnern.

### Eisenbahnschiebung. Millionen-Objekt

Wir berichteten vor einigen Wochen unter obigem Stichwort, daß von einem Berliner Metallwerk zum Bahntransport aufgegeben 8 Waggons Kupfer und Aluminium verschoben worden sind.

Den unangesehenen Bemühungen der Stettiner Polster ist es gelungen, durch Ueberführung eines Eisenbahn-Unterschliffens die in die Angelegenheit zu bringen. Der Beamte gibt allerdings nur zu, nur 1 Wagon verschoben zu haben und zwar auf Anstiften eines Herrn v. Pröckel. Die ihm für seine Tätigkeit verprochenen 31000 M. hat er angeblich nicht erhalten, da der saubere Herr v. Pröckel sein Wort nicht gehalten hat.

Während der Verbleib von 2 Waggons ermittelt ist, ist 1 Wagon Kupfer — ausgeladen am 10. 12. 19 auf dem Ostlicher Bahnhof — bisher noch nicht ermittelt.

Wer über die Ufsuhr und den Verbleib der Kupferstangen sachdienliche Angaben machen kann, wolle sich beim Polizei-Inspektor Priebke in Stettin, Rathaus, melden. Belohnung wird zugesichert.

### Ein Eisenbahnwaggon Kondensmilch verdorben

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Verschiedene Tageszeitungen brachten vor kurzer Zeit eine Notiz, daß in den Lagern der Reichsstelle für Speisefett, Abteilung Milch, ein erheblicher Teil dort lagernder Kondensmilch verdorben ist, so daß diese Milch zu Futtermitteln und Schweinesutter verwendet werden mußte. Diese Angaben sind zutreffend. Es handelt sich um 4000 Kisten — 192 000 Dosen. Von diesen Dosen ist nur ein

